

Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

A 1

Hindenburgs Bedingungen!

Brüning will sie erfüllen — Die Sozialdemokratie will ihn weiter tolerieren!

Berlin, 27. Mai 1932.

Nach den wochenlangen Kulissenschiebungen um das Kabinett Brüning steht jetzt die Hindenburg-Entscheidung über seine weitere Existenz unmittelbar bevor. Ein Kompromiß wird abgeschlossen. Ein Kompromiß, das den Kurs weiter nach rechts drängt, neue ungeheuerliche Belastungen bringt und alle Versprechungen des von der Sozialdemokratie immer noch tolerierten Kanzlers zuschanden macht.

Die Basis des Kompromisses ist:

1. Eine neue Notverordnung mit der Milliarden-Belastung für die Werkstätten, über die wir fortlaufend berichteten.

2. Rückzug des Kabinetts in der Frage der Arbeitskürzung, sie ist vollkommen fallengelassen.

3. Rückzug des Kabinetts in der Frage der Siedlungshilfe. Die Junkersippenschaft hat erreicht, daß selbst der Referententwurf des Reichsarbeitsministers Stegerwald „als Regierungsbolschewismus“ zu Fall gebracht wurde, weil er eine Art Reichsmonopol für die Enteignung von Landstellen vorsah. Nicht einmal die Maskerade einer Siedlungshilfe für Erwerbslose wird Brüning von den Junkern gestattet. Dagegen soll die Osthilfe für die Junker erweitert werden. Selbst im Zentrum erregt dieser Erfolg der Junker Opposition.

4. Noch nicht entschieden ist, ob auch eine weitere profitable Konzession an das Chemiekapital erteilt werden muß. Der Reichsfinanzminister Dietrich flüchtet in die Öffentlichkeit, weil unter der Führung von Warmbold die IG-Farben die Erfüllung des Versprechens, einen „Einheitsstreikstoff“ einzuführen, das für die Finanzierung der Hindenburgwahl gegeben worden war, fordert.

5. In der Außenpolitik wird von den mit dem Druck des Faschismus korrespondierenden Cliquen ein deutsch-französisches Militärbündnis und ein Kompromiß in der Reparationsfrage — die Reduzierung der Reparationsschuld auf einen Betrag von neun Milliarden Mark! — vorbereitet.

6. Kurs der Nazi-Koalition in Preußen!

Die letzte Entscheidung über dieses Kompromiß fällt am Sonntag Herr Hindenburg. Während in den anderen Punkten die Kapitulation perfekt ist — die Regierung beieilt sich, zu erklären, daß sie Hindenburgs Wünsche „ohne Schwierigkeiten erfüllen würde“ — steht die Entscheidung über die außenpolitische Orientierung und die Personenfrage der Umbesetzung des Diktaturkabinetts noch aus. Es ist zu erwarten, daß auch hier der Druck des faschistisch-reaktionären Blocks noch weitere Erfolge erzielt. Dietrich und Stegerwald können den auf weitere Faschisierung der Reichsregierung drängenden Kräften geopfert werden.

*

Schwermütig sagt daher der „Vorwärts“, was bisher bekanntgeworden sei, gebe „das Bild (!) einer Fortsetzung des Sozialabbaues,

einen neuen Angriff auf die Arbeitslosenversicherung, Lastenverteilung unter Außerachtlassung des Gesichtspunktes der sozialen Gerechtigkeit (!), kleine und wenig überzeugende (!) Pläne zur Arbeitsbeschaffung, die weit hinter allen berechtigten und wohl begründeten Forderungen zurückbleiben“. Er appelliert gleichzeitig an seinen Erählten, Hindenburg, eine grundlegende Aenderung des Kurses zu verhindern, die vom Zusammenspiel von Großagrarern, Schwerindustriellen und Hintermännern des Sturzes von Groener mit der lüthmenden Agitation der Nationalsozialisten im Hintergrund erzwungen werden solle und die „in gefährliche und nebelhafte Verhältnisse“ führen müßten! Aber da auch dem „Vorwärts“ bekammt ist, daß eben diese Aenderung des Kurses, gleichgültig wie die Personenfragen fallen, entschieden ist, so sagt das Blatt daher noch schwermütiger weiter, es bleibe immer noch die Frage, wie Brüning, auch wenn zu seinen Gunsten entschieden wird, „mit dieser Notverordnung, so wie sie jetzt erscheint, mit diesem neuen Druck nach unten, der zugleich eine Enttäuschung für alle bedeute, die auf konstruktive Pläne zur Arbeitsbeschaffung gedrängt haben, durch den Reichstag zu kommen gedenkt“?

Mit anderen Worten: Der „Vorwärts“ stöhnt unter der Aussicht, den sozialdemokratischen Mitgliedern die Fortsetzung der Tolerierung zumuten zu müssen.

Aber wenn es nach der SPD-Führung ginge, — der Weg ins Verhängnis würde weiterbeschritten werden!

Darum her mit dem Arbeiterblock gegen Faschismus und gegen seine Schwitzmacher, die Notverordnungsdictatur und ihre Tolerierung!

Beschäftigtensteuer für alle

Die Notverordnung reift heran und wird am kommenden Dienstag voraussichtlich mit sofortiger Kraft veröffentlicht werden. Nach allem, was bisher über deren Inhalt verlautet, bleibt es bei den bereits gemeldeten Härten, die insbesondere in der Kürzung der Unterstützungsdauer der Arbeitslosenversicherung, der Herabsetzung der Invalidenversicherung, der Verdoppelung der Negersteuer und der Verlängerung der Krisensteuer, und zwar — wodurch neue, besondere Mehrbelastung entsteht — unter Zugrundelegung der alten, inzwischen überall gewaltig gekürzten Einkommen bestehen. Zu alledem kommt noch die

Beschäftigtensteuer,

die einen Gesamtbetrag von über 300 Millionen erbringen soll. Bestand hier bisher noch die Aussicht, daß diese Steuer nur von einer gewissen Einkommenshöhe an erhoben wird — genannt wurde ein Monatsverdienst von

Sozialversicherung vor dem Zusammenbruch!

Kein Geld für laufende Ausgaben
Sozialpolitischer Ausschuß vertagt sich

Dem Sozialpolitischen Ausschuß ist ein Bericht zugegangen, demzufolge die Mindereinnahmen der Sozialversicherung so katastrophal sind, daß die Regierung nicht mehr imstande ist, die laufenden Ausgaben und auch keine Abzahlungen an die Post zu decken. Die Regierung hat die Flüssighaltung der Kassen nur durch Verkauf von Wertpapieren aufrecht erhalten können.

Der Ausschuß sollte nunmehr der Regierung ohne Unterlagen Wege aus den Schwierigkeiten weisen. Der Ausschuß lehnte auf Antrag des deutschnationalen Abgeordneten Timm dieses Ansinnen ab. Er beschloß, sich auf unbestimmte Zeit zu vertagen und den Zeitpunkt der Wiederberufung dem Vorsitzenden zu überlassen.

Diese alarmierende Meldung kennzeichnet die ganze Politik der von der Sozialdemokratie tolerierten Brüning-Aera. Das ganze stolze Sozialversicherungssystem versinkt in ein Nichts, weil die Reichsregierung konsequent der finanziellen Sicherstellung dieser Einrichtungen ausgewichen ist, und dieser Zusammenbruch erfolgt in einem Augenblick, wo ihre Notwendigkeit größer ist als irgendwann.

Es bleibt auch nicht einmal die Ausflucht, daß der Zusammenbruch ein unabwendbares Ergebnis der kapitalistischen Krise und die Reichsregierung dieser Entwicklung gegenüber ohnmächtig sei. Es ist unvergessen, daß dieselbe Reichsregierung es verantworten zu können glaubte, die Ausgaben für die überflüssige Reichswehr in der alten Höhe aufrecht zu erhalten und noch Panzerkreuzer zu bauen. Es ist unvergessen, daß die Regierung

nicht gewagt hat, an den herausfordernd hohen Pensionen Abstriche vorzunehmen, wie es auch unvergessen ist, daß diese Regierung keinen Augenblick daran denkt, die Zahlungen an die Fürsten einzustellen oder gar Rückforderungen zu erheben. Und es ist weiter unvergessen, daß dieselbe Reichsregierung, die heute den völligen Zusammenbruch der Sozialversicherung mitteln muß, erst vor wenigen Monaten mit vielen Hunderten von Millionen den großen Banken beigeprungen ist, daß sie eine Reihe großer privater Industrie-Unternehmungen mit Subventionen und Garantien ausgestattet und darüber hinaus mit Milliardenbeträgen den ostelblichen Junkern unter die Arme gegriffen hat.

Gegenüber der Sozialversicherung kannte die Regierung solche Großzügigkeit nie. Den auftretenden finanziellen Schwierigkeiten wurde lediglich dadurch zu begegnen versucht, daß die Leistungen herabgesetzt, also der Zweck der Einrichtungen ausgehöhlt wurde. Das ist kein Zufall: die ganze Sozialversicherung wird von der Kapitalistenklasse längst als ein überflüssiger Ballast empfunden, dessen man sich ehestens entledigen müsse. Die Krise gibt hierzu jetzt einen willkommenen Anlaß.

Der Zusammenbruch hat aber noch etwas mehr zu besagen. Er betrifft nicht nur die Sozialversicherung, sondern nicht weniger auch den ganzen Reformismus, der — in sonnigeren Tagen — von diesen Einrichtungen auszog, um den Kapitalismus auszuhöheln. Wie so manche andere geliebte reformistische Illusion ist jetzt auch diese erledigt und es unterstreicht nur diese Entwicklung, daß just eine Regierung hierfür die Verantwortung trägt, auf die der Reformismus seine letzte Hoffnung gesetzt hat.

Poststreik dehnt sich aus

TU. Nanking, 27. Mai 1932.

Trotz des Verbotes durch die Regierung hat sich der Streik der Postbeamten in China weiter ausgedehnt. Es streiken u. a. die Beamten der Postanstalten in Nanking, Schanghai, Hankau und Kanton, insgesamt etwa 5000 Beamte. Die chinesische Regierung erklärte, daß sie die Gehaltszahlung an die streikenden Beamten ablehne und ihre Posten durch Freiwillige besetzen werde.

Araki bleibt Kriegsminister

Die Zusammensetzung des Kabinetts Saito wurde noch im letzten Augenblick abgeändert, da Hayaschi die Uebernahme des Kriegsministeriums ablehnte. Ueberraschenderweise entschied sich General Araki, der bereits Kriegsminister im vorhergehenden Kabinett war, zur Beibehaltung seines Postens. Dieser Schritt wird im allgemeinen von den politischen Kreisen als Stärkung des Kabinetts begrüßt. Im ganzen wird das neue Kabinett sehr zurückhaltend aufgenommen, und maßgebende Kreise sagen ihm nur eine kurze Lebensdauer voraus. Die nationalen Kreise erklären, daß bei einer Beteiligung von sieben Parteimitgliedern an der Regierung von einer Erfüllung ihres Wunsches einer überparteilichen Regierung keine Rede mehr sein könne.

Bauschlosser im Streik

Auf Grund einer Funktionärversammlung der Berliner Bau- und Geldschrankschlosser, die bekanntlich den Schiedsspruch abgelehnt und den Streik beschlossen hatten, ist gestern früh in einer Reihe von Betrieben die Arbeit niedergelegt worden. Eine Reihe anderer Betriebe, darunter ein Großbetrieb haben die Forderung der Gewerkschaften auf Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens auf die Dauer von sechs Monaten und die Weiterzahlung der alten Löhne bewilligt.

Die Sozialdemokratie in Danzig

Danziger Brief an die SAZ

Danzig, 25. Mai 1932.

Die jüngsten Vorgänge in Danzig finden auch im Reich große Beachtung. Und mit Recht. Der Freistaat Danzig, ein lebensunfähiges Gebilde, konstruiert nur als Puffergebilde zugunsten der polnisch-imperialistischen Interessen, ist der Gegenstand lebhafter Umtriebe der chauvinistischen Strömungen in Deutschland und Polen. In der letzten Zeit gerät die Danziger Regierung, die einem Kommissar des Völkerbundes untersteht, immer stärker unter den Einfluß des deutschen Faschismus. Einem gewissen pazifistischen Widerstand der Danziger Sozialdemokratie gegen diese Strömungen ist es zuzuschreiben, daß ihre Führung hoffentlich faschistischen Angriffen ausgesetzt ist und vor kurzem ihre Zeitung verboten wurde. Es wäre aber falsch, die Danziger Sozialdemokratie als revolutionäre Kraft einzuschätzen.

Um die Stellung der Danziger Sozialdemokratie zu verstehen, wird es nötig sein, ganz kurz die Entwicklung des Freistaates Danzig zu streifen.

Am 9. November 1920 wurde zwischen der freien Stadt Danzig und der Republik Polen eine Konvention abgeschlossen, für deren Durchführung der Völkerbund sich verpflichtete. Diese „Konvention“, ein Produkt des Druckes der Sieger von 1918, ist eine ständige Quelle von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsstaaten. Die Zollunion zwischen Polen und Danzig vom 10. Januar 1922, die Danzig fast vollständig in wirtschaftliche Abhängigkeit von Polen bringen sollte, verstärkte die Gegensätze. Mit dem wachsenden Einfluß des wieder erstarkenden deutschen Imperialismus wächst auch die nationale Strömung in Danzig, und da sowohl Sozialdemokratie wie Kommunistische Partei darin versagten, sie revolutionären Zwecken nutzbar zu machen, verstärkte sich ständig der Faschismus. Er hat entscheidenden Einfluß auf die Danziger Regierung gewonnen, in der Deutschnationale, Zentrum und Faschisten eine Koalition bilden.

Die bestehenden Spannungen drängen zu einer gewaltsamen Lösung. Die Regelung der Korridorfrage und die Entscheidung über Danzig ist von der größten internationalen Bedeutung, diese Fragen können zur Auslösung gewaltsamer Auseinandersetzungen des deutschen und des polnischen Imperialismus führen.

Es wäre die Aufgabe der Arbeiterbewegung, durch eine selbständige revolutionäre Politik gegen den Chauvinismus aufzutreten. Aber weder der Nationalbolschewismus der Kommunisten noch die unterwürfige Völkerbundsorientierung der Sozialdemokratie löst diese Aufgabe, die nur auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts durch eine internationale Verständigung gelöst werden kann. Solange die bürgerliche Klassenherrschaft in Deutschland und in Polen währt, ist sie auf die Dauer nicht zu finden. Dafür sind die wachsenden Gegensätze nach der „Konvention“ von 1920 der beste Beweis.

Wenn die Danziger Sozialdemokratie jetzt gewissen Verfolgungen ausgesetzt ist, so bezeichnet das nur die wachsende Kraft der reaktionären nationalistischen Strömungen, die auch reformistischen Pazifismus nicht mehr duldet.

Der innere Zustand der Sozialdemokratie ist hoffnungslos. Ihre Führung haben Funktionäre, die auf dem äußersten rechten Flügel des Reformismus stehen, ganz so wie die Führung der deutschen Sozialdemokratie. Die Massenorganisationen, Gewerkschaften, Sportorganisationen und Freidenkerorganisationen, sind den deutschen Organisationen angeschlossen.

Deshalb ist auch der Kurs in der SPD und den Gewerkschaften derselbe wie im Reich. Die Führer der Gewerkschaften und der SPD stehen auf dem Boden des Reformismus, ja auf dem äußersten rechten Flügel ohne Ausnahme.

Die Ansätze einer Linksentwicklung bei den Mitgliedern des Arbeiter-Schutzbundes waren, noch ehe der Schutzbund vom Senat verboten wurde, durch die Maßnahmen der Führer unterbunden. Die Funktionäre wurden vom Landesvorstand abgesetzt und andere ernannt.

Ein Widerstand gegen das Verbot des Schutzbundes wurde nicht unternommen. Da der Schutzbund sich zu einer Partei innerhalb der Partei entwickelte, wie einige seiner Führer sagten, hatten sie kein Interesse, einen ernsthaften Kampf gegen das Verbot zu organisieren.

Ein kleiner Teil der Schutzbundmitglieder hoffte auf einen Rück nach links auf dem im April stattfindenden Parteitag. In der Zusammensetzung des oberen Funktionärkörpers im Landesvorstand erfolgte noch ein weiterer Rück nach rechts. Der Berichterstatter des Parteitages bedauerte, daß die SPD nicht mehr in der Koalitionsregierung sitze.

Die Lage der Arbeiterklasse hängt nach ihrer Ansicht nur vom Stimmzettelverlauf der SPD ab.

Die Führer der SPD haben ausnahmslos jahrelang die Massen in den Gewerkschaften und Partei zur Passivität erzogen, als einziges Mittel zur Erhaltung des Sozialismus den Stimmzettel empfohlen. Jeder leise Versuch, die Massen im Sinne des revolutionären Sozialismus aufzuklären, ihnen auch die Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes aufzuzeigen, wurde von den Führern wütend bekämpft. Heute herrscht in den Gewerkschaften und besonders in der Freidenkerorganisation ein Meinungssterror gegen die Anhänger der Sozialistischen Arbeiterpartei. Der Kampf gegen den Faschismus tritt in den Hintergrund, der Kampf gegen die Opposition, hauptsächlich gegen die SAP ist wichtiger. Deshalb wurde auch kein Versuch unternommen, einen ernstlichen Widerstand gegen das außerordentlich lange Verbot der „Volksstimme“ zu organisieren. Die Buchdrucker, die einen 24stündigen Proteststreik einleiteten und fast restlos in der SPD organisiert sind, gaben, nachdem sie von ihren Führern im Stich gelassen wurden, den Kampf auf. Die SPD lehnt jeden außerparlamentarischen Kampf ab, das weiß der Senat, deshalb das Verbot der „Volksstimme“. Alle Betreibungen, daß die SPD doch noch staatsverhaltender als die Staatsparteien, noch nationaler als die Nationalsozialisten ist, nützen nichts. Der Schlag gegen die „Volksstimme“ wird geführt als Schlag gegen die Arbeiterklasse, es ist ein Abtauen der Kräfte-

verhältnisse. Wegen einer sozialistischen Stellungnahme, einer revolutionären Handlung wurde die „Volksstimme“ nicht verboten. Die SPD hat noch das Monopol auf die Massenorganisationen, sie ist mit ihrer Politik nicht einmal in der Lage, ihre eigenen Lebensinteressen zu verteidigen. Eine Linksentwicklung innerhalb der SPD, eine grundsätzliche Aenderung ihrer Politik in größerem Umfang erscheint so gut wie ausgeschlossen. Sie wird über eine parlamentarische Opposition nicht hinauskommen.

Viele Mitglieder der SPD erkennen, daß ohne Überwindung des Reformismus ein Sieg der Arbeiterklasse nicht möglich ist.

Mit diesen Genossen haben die Mitglieder der SAP in Danzig Verbindung. Auf regelmäßigen Aussprachen findet eine Schulung im Sinne des revolutionären Sozialismus statt. Diese Genossen werden alles versuchen, ihre Auffassungen in der SPD zu vertreten, ein Ausschluß würde sie in die Sozialistische Arbeiterpartei einreihen, die auch auf dem weit vorgeschobenen Posten in Danzig die Aufgabe hat, den Arbeiterblock gegen Faschismus und Kriegsgefahr zu bilden.

Überall neue Hungerunruhen

Erwerbslose rebellieren — Neuer Nazi-Terror

Die drohende Kürzung der Erwerbslosenunterstützung erzeugt eine Welle der Empörung, die in Langeweise eine besonders explosive Form durch die brutalen Polizeimaßnahmen gegen die demonstrierenden Erwerbslosen annahm, aber nunmehr in ganz Deutschland in Demonstrationen und Kundgebungen sich auswirkt.

In Stettin zogen Erwerbslose durch die Innenstadt und unterbanden teilweise den Verkehr. Es kam auch zu Ausräumungen von Fleischrädern, die naturgemäß für die Hungernden besonders aufreizend wirken. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Starke Unruhen werden ferner aus Wuppertal gemeldet. Infolge der Kürzung der Unterstützungssätze kam es am Donnerstag mittag mehrfach zu Straßenkumulten an verschiedenen Zahlstellen des Wuppertaler Wohlfahrtsamtes. Etwa 300 Personen drangen in das Barmer Rathaus ein. Die Polizei griff auch hier ein.

In Dietlaf (Rhön) kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Ein Nazi-Rollkommando griff in einer von den Nazis einberufenen öffentlichen Versammlung den sozialdemokratischen Diskussionsredner an und verletzte ihn und weitere 6 Sozialdemokraten schwer.

In Braunschweig zog die angeblich aufgelöste SA vor das Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung. Ein Gewerkschaftsbeamter wurde mißhandelt. Die Polizei versagte völlig. Ein angepöbelter Geschäftsreisender verlangte die Feststellung der Namen der Raufbolde. Die Polizei bedrohte ihn dafür mit Verhaftung.

Nach der Meinung des „Vorwärts“ sind die Verfassungsrechte unangetastet; sie ruhen nur zeitweilig. Es scheint, daß sie in Klagegast in falschen Händen ruhen.

Der der Staatspartei angehörende Vizepräsident des Sächsischen Landtages, Bechschneider, wurde auf dem Wege vom Chemnitz Bahnhof nach seiner Wohnung von zwei Männern verfolgt und vor der Haustür niedergeschlagen. Den Tätern gelang es, unerkannt zu flüchten.

Man kann annehmen, daß die Täter Nationalsozialisten sind, die auf diese nicht mehr unbekannt Weise ihre politische Ueberzeugung zum Ausdruck brachten.

Mörder verschwunden

Wie wir der „Welt am Abend“ entnehmen, soll der Nazi Grewen, der von R.-A. Litten als mutmaßlicher Mörder Klemes dem Staatsanwalt Stenig mitgeteilt wurde, plötzlich entkommen sein, weil es die Staatsanwaltschaft unterließ, für sofortige Festnahme Sorge zu tragen. Sollte sich diese Meldung bestätigen, so wäre dies ein Justizskandal ersten Ranges.

Im „Felsenck“-Prozeß wurden am Freitag zwei Polizeibeamte vernommen, die in unmittelbarer Nähe der Kolonie „Felsenck“ wohnten. Es ist interessant, daß sie ein Bild von den Zuständen in der Kolonie gaben, das von der Darstellung der Staatsanwaltschaft erheblich abweicht. Namentlich der Polizeibeamte Morkisch, der einen sehr ruhigen und bestimmten Eindruck macht, erklärt, daß von einer aggressiven Betätigung der Kommunisten der Kolonie nicht gesprochen werden kann. Unterstelle man, daß in der Gegend kein Nationalsozialist gewohnt habe, und dem Zeugen ist ein solcher Fall nicht bekannt, so deute dieser Umstand darauf hin, daß der Umweg über die Kolonie in der bewußten Absicht eines Ueberfalls gewählt worden ist. Denn die Wahl des Weges über „Felsenck“ bedeutete eine direkte Gefährdung des Zuges. Wenn die Kolonisten mit einem Ueberfall rechnen mußten, so ist dies nach den Vorfällen der letzten Zeit vor dem Zusammenstoß durchaus erklärlich.

Sehr bestimmt bekundet der Zeuge, daß sich sofort nach dem Ueberfall die Kolonisten ihr zur Aufklärung zur Verfügung gestellt haben und ihn durch sachdienliche Angaben nach Kräften unterstützt haben.

Da diese Zeugenaussage eine sehr starke Entlastung der Kolonisten bedeutet, geht die Naziverteidigung zu einem Angriff über. Der Rechtsanwalt Plettenberg erblickt in dieser Aussage ein Gutachten an Stelle eines Zeugnisses und erklärt die Angaben für wertlos. Was den Staatsanwaltschaftsrat Stenig zu der bezeichnenden Aeußerung veranlaßt, die Staatsanwaltschaft lege auf die Verwertung der „Ansichten“ dieses Zeugen keinerlei Wert (!).

Rechtsanwalt Litten hebt demgegenüber die Verdienste gerade dieses Zeugen, im Gegen-

satz zu den Beamten des Ueberfallwagens, hervor, deren merkwürdiges Verhalten ja in den nächsten Tagen noch von kommunistischen Verteidigung eingehend beleuchtet werden wird. Nur dem Zeugen sei es zu verdanken, wenn heute überhaupt Nationalsozialisten auf der Anklagebank sitzen.

Protest gegen löffelweises Plädoyer

B. S. Im Sklarek-Prozeß fand auch heute früh wiederum nur eine kurze, formale Verhandlung statt, zu der auf Veranlassung des Vorsitzenden sämtliche Angeklagten erschienen waren. Auch der Verteidiger des Bürgermeisters Kohl, gegen den das Verfahren bekanntlich abgetrennt ist, nahm an der Verhandlung teil, allerdings ohne Robe, als Beobachter, woraus zu schließen ist, daß die augenblickliche Situation irgendwie mit Kohl zu tun hat. Amtsgerichtsrat Keßner teilte zunächst mit, daß er auch heute noch nichts über die Gründe sagen könne, die diese Art der Prozeßführung notwendig machten. Allerdings werde man in der nächsten Sitzung, die am morgigen Sonnabend, mittags um 13 Uhr, stattfinden soll, alles Nähere erfahren, so auch die Gründe dafür, weshalb die Angeklagten zu dieser Verhandlung eine besondere Ladung erhalten werden.

Am Montag solle dann der Prozeß in normaler Weise weitergeführt werden, und wenn nicht neue Hindernisse in den Weg träten, sei das Ende des Sklarek-Prozesses Ende Juni zu erwarten.

Rechtsanwalt Dr. Landsberg, der Verteidiger des angeklagten Stadtrat Degner, fragte, ob es nicht möglich sei, in der heutigen Verhandlung das Plädoyer gegen Degner, das schon mehrmals unterbrochen wurde, zu Ende zu führen. „Man kommt sich nämlich vor wie ein Schuljunge, der einen Eßlöffel Plädoyer wie eine Medizin bekommt und dann wieder abziehen darf.“ Amtsgerichtsrat Keßner drückte daraufhin noch einmal sein Bedauern aus, daß so prozessiert werden müsse, aber morgen werde man sein Verhalten verstehen und vielleicht auch nicht mißbilligen. Nachdem seit Mittwoch voriger Woche so verhandelt worden sei, werde man es auch heute noch aushalten

können. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weißberg setzte schließlich sein Plädoyer gegen den Angeklagten Degner kurz fort, in dem er ausführte, daß die außerdienstlichen Verfehlungen Degners hauptsächlich darin beständen, daß er die Kredit- und Darlehensverhandlungen der Sklareks gefördert habe, woraus seine große Verbundenheit mit ihnen hervorgehe. Die dienstlichen Straftaten habe Degner als Dezentist des Hufeland-Hospitals begangen, indem er den Sklareks unberechtigte Aufträge zugeschoben habe. Die Verhandlung wurde dann auf Sonnabend, 12 Uhr, vertagt.

Aus der Partei

Genosse Scheler-Titus (Jena) sucht mit einem Aufsatz „Wohin geht der Weg der SAP?“ Zuflucht in der „Arbeiter-Politik“. In einer Vorbemerkung erklärt er, zu diesem unnormalen Vorgehen zwinge ihn der Zustand in der Partei, gegen den „Ausnahmezustand“ des „bürokratischen Machtklüngels der SAP-Instanzen“ gelte es zu „kämpfen“; seine Aufsätze veröffentliche man nicht und — das bedeute „die Mundtotmachung der kommunistischen Genossen in der SAP“.

Uns ist zunächst nicht bekannt, daß Genosse Scheler-Titus der Wortführer „der kommunistischen Genossen in der SAP“ ist. Hier handelt es sich offenbar um eine Selbsternennung, die das Vertrauen in die kritischen Fähigkeiten des Autors nicht erhöhen kann. Aber Genosse Scheler-Titus ist auch, was die Behauptungen von seiner eigenen Mundtotmachung betrifft, schnell fertig mit dem Wort, sagen wir besser — mit der Wahrheit nicht genau. Er hatte ausreichende Gelegenheit, auf dem Thüringer Bezirksparteitag seine Auffassungen zu vertreten, jedoch seine Resolution erhielt nicht eine einzige Stimme. Die Rundschreiben, die er seither von Jena verschickt, sollen von sechs Genossen unterzeichnet sein, wir haben sie bisher nicht zu Gesicht bekommen. Sein Diskussionsaufsatz endlich, von ihm der Tribüne der SAZ eingesandt — eben der jetzt in der Arbeiterpolitik erschienenen —, wurde uns von Scheler am 16. Mai, also nach (!!) dem Erscheinen der letzten Diskussionsbeilage der SAZ vom 14. Mai zugesandt und konnte bisher gar nicht veröffentlicht werden, da die nächste Tribüne erst am Ende dieser Woche fällig ist! Das ist offenbar auch dem Genossen Scheler bekannt, und er hätte, wenn er es schon vorzog, nicht zu warten, ob sein Diskussionsartikel erscheint, und an die Öffentlichkeit der „Arbeiterpolitik“ unbedingt appellieren wollte, die Entstellung der Tatsachen besser unterlassen, weil sie auch die Glaubwürdigkeit seiner Behauptungen vom „Ausnahmezustand“ usw. herabsetzt.

Die Auffassungen endlich, die der Genosse Scheler, um die SAP zu retten, in seinem Aufsatz entwickelt, sind nicht neu, wir haben sie bei den Brandlerianern, beispielsweise bei dem Genossen Tittel der KPD, in Jena schon besser vorgetragen gehört. Mit diesen Auffassungen hat die Brandlergruppe Schiffbruch erlitten, besonders im Kreise der SAP-Mitglieder, die sich für das Brandler-Thalheimersche Ziel der Zerschlagung der SAP nicht sehr erwärmen konnten. In der SAP haben sie jedenfalls kein Echo, auch nicht bei den Genossen um Rück, als deren Verteidiger sich Genosse Scheler in seinem umfassenden Rettungsbedürfnis aufwirft. Die Genossen um Rück wurden erst kürzlich in der Arbeiterpolitik deswegen von deren Redaktion abgekanzelt.

Diesem Schicksal entgeht übrigens auch der Genosse Scheler, selbst trotz seines schönen Eifers, nicht. In einer Nachbemerkung der Redaktion der Arpo wird seinem Aufsatz noch das berühmte Thalheimersche „Tipfelchen aufs i“ beigelegt. Die

Aufgabe, die sich Scheler stellt, sagt die Arpo, sei „nur zu lösen durch Abspaltung oder Trennung des linken Flügels der SAP, vom rechten und vom „mittleren Flügel der SAP (Seydewitz-Rosenfeld-Walcher)“.

Das müsse man klar sehen und offen aussprechen. Zusammen mit Seydewitz-Rosenfeld-Walcher sei keine kommunistische Politik und daher auch keine Einwirkung auf die KPD und die Komintern möglich ...

Wenn Genosse Scheler sich dieser „Führung“ nicht schon anvertraut, nicht schon mit der SAP gebrochen hätte, hätte er eine Veröffentlichung seines Aufsatzes, noch dazu mit den erwähnten Entstellungen und in der pompösen Aufmachung, sicher nicht veranlaßt. Die Thüringische Bezirksleitung wird mit dem Genossen Scheler ein ernstes Wort über normale und unnormale Parteimethoden zu sprechen haben, unqualifizierte Angriffe in Zeitungen gegnerischer Organisationen gegen die Partei sind so „unnormal“, daß auch Genosse Scheler ihre Zulassung nicht erwarten darf. Wir können ihn nicht halten, trotzdem das zu tun, was er für nötig hält und werden wohl seinen Verlust verschmerzen müssen.

Wer macht's nach?

Unser Genosse Walter Heinig, Forst i. Lausitz, verkaufte an einem Nachmittag 33 Broschüren!

Pastor Cremers siebensitziger Chrysler-Wagen

In dem Devaheim-Prozess tritt das Bild des Pastors Cremers mit immer größerer Klarheit hervor: das schmächtige und dünne Männlein, das angeblich nur lebte um andere zu helfen, entpuppt sich als ein raffgieriger, stets nur für sein eigenes Wohlergehen besorgter Pastor, und erstaunlich ist nur, wie er noch immer den Harmlosen markiert. In dieser Hinsicht übertrifft er alle großen Betrüger, die in der jüngsten Zeit vor den Gerichten paradierten. Das will gelernt sein und offenbar hat Cremers hierfür die richtige Schule passiert. Vielleicht muß man schon Pastor sein, um die Anschaffung und Benutzung eines siebensitzigen Chrysler-Luxuswagens aus Geldern, die eigentlich für arme Leute bestimmt sind, mit seinem Gewissen vereinbaren zu können.

Die weiteren Zeugenaussagen im Devaheim-Prozess brachten wieder eine Reihe interessanter Einzelheiten über die Verwendung der Wohlfahrtsgelder aus Tageslicht. Pastor Thiel, Aufsichtsrat der Hilfskassen und zeitweiliges Mitglied des Finanzausschusses des Zentralausschusses für Innere Mission, bestätigte, daß durch die Industrie- und Finanzierungen mit den Geldern der Auslandsanleihe durch das Bankhaus Rambaum & Co., im Falle der Margarinefabrik Rotella ein Verlust von etwa 1,5 Millionen Mark entstanden sei, so daß sich der Gesamtverlust auf 4,5 Millionen Mark erhöht habe. Der Verlust sei schließlich von den fünf Wohlfahrtsverbänden aus eigenen Mitteln getragen worden.

Sehr interessant gestaltete sich die Vernehmung des früheren Bankiers Dr. Libbertz, der im Jahre 1925 Geschäftsführer der Hilfskassen und Gesellschafter des ihr angegliederten Bankhauses Rambaum war. Als die Hilfskassen sich von dem Bankhaus Rambaum trennte, was auch einem Wunsche des Reichsarbeitsministeriums entsprach, übernahm die Hilfskassen die Grundstückskonten und außerdem, wie sich gestorn ergab, ein persönliches Schuldkonto des Dr. Libbertz in Höhe von 140 000 Mark gegenüber dem Bankhaus, ferner erklärte sich die Hilfskassen auch bereit, Dr. Libbertz bei seinem Ausscheiden als Abfindung zehn Monatsgehälter à 2500 M., also 25 000 Mark zu zahlen.

Weiter kam zur Sprache, daß der Angeklagte Pastor D. Cremers von dem Zeugen Dr. Libbertz auch einen großen Chrysler, und zwar einen siebensitzigen Wagen, gekauft hat, und zwar wurden die Kosten auch aus einem der Geheimfonds entnommen.

Vors.: „Wozu brauchten Sie denn, Herr Pastor Cremers, für die Fahrt von Berlin nach Potsdam einen siebensitzigen Wagen?“

Angekl.: „Ich gebe ja zu, daß das ein gewisser Luxus war. Ich habe ihn auch deshalb verkauft und mir einen kleinen dafür genommen.“

Beisitzer: „Das stimmt leider nicht. Es ist gerade umgekehrt. Sie haben erst den kleinen Wagen gehabt und sich dann den großen gekauft.“

Als der Angeklagte D. Cremers nunmehr erklärte, daß er aus Gesundheitsrücksichten den großen Wagen brauchte, warf Staatsanwalt Dr. Eichholz ein: „Man kann auch sehr

gut in der gutgeheizten Stadtbahn von Potsdam nach Berlin fahren.“

Pastor D. Cremers: „Ich muß entschieden bestreiten, daß ich Luxus getrieben habe. Daß ich den Wagen für meine Arbeit brauchte, hat ja auch Pastor D. Steinweg bestätigt.“

Staatsanwalt: „Soweit es nicht aus den Geldern der armen Leute geschieht, wäre auch nichts dagegen einzuwenden.“

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft blieb der Zeuge Dr. Libbertz schließlich unvereidigt.

Schließlich wurde noch der 73jährige Universitätsprofessor und Geheime Konsistorialrat

Milde Urteile gegen Nazimörder Für den Rädelsführer nur 18 Monate

In dem Hückenswagener Mordprozess, der den unmittelbaren Anlaß zu dem Faschisten-terror im Preussischen Landtag bildete, ist am Donnerstag das Urteil gefällt worden. Dem Prozess lagen die Zusammenstöße zugrunde, die am Wahltag des 13. März von Nazis mit den Kommunisten provoziert worden sind, und in deren Verlauf drei Kommunisten niedergeschossen wurden.

Der angeklagte Nationalsozialist Willmund, der einen Kommunisten durch zwei Schüsse getötet hat, wurde wegen Totschlags zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Nationalsozialist Zahnarzt Dr. Heuckenkamp, der die Führerrolle gespielt und durch sein Kommando „Schießen“ seinen Parteigenossen Willmund zur Abgabe der Schüsse veranlaßt hat, wurde wegen Teilnahme an einem Raufhandel zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Nationalsozialist namens Marx, der blindwütig durch die Glasscheiben seiner Haustür hinaus schoß und dadurch zwei kommunistische Arbeiter tötete, erhielt wegen Totschlags fünf Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust. Er wurde auf der Stelle verhaftet.

In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich die Schuld der Nazis an den Zusammenstößen festgestellt, womit die Behauptung des Nazi-anwalts Freiler im Preussischen Landtag, daß die angeklagten Nazis nur in Notwehr gehandelt hätten, widerlegt ist. Ausdrücklich stellt das Gericht auch als seine Überzeugung fest, daß Dr. Heuckenkamp, der Führer des von Lennep kommenden SA-Trupps, den Raufhandel hervorgerufen habe. Das Gericht maß dem auch Heuckenkamp „eine schwere moralische Schuld“ an der Ermordung der drei Kommunisten bei.

Im Hinblick auf den Angeklagten Willmund habe das Gericht festgestellt, daß die Frage, ob Willmund in Notwehr gehandelt habe, nicht zu klären sei. Aber selbst wenn dies angenommen würde, dann müsse festgestellt werden, daß Willmund ganz erheblich über das erlaubte Maß einer Abwehrhandlung

hinausgegangen sei. Der Einwand, daß Willmund einen Schreckschuß haben abgeben wollen, sei unhaltbar. Wenn auch von bewußter Ueberlegung im Sinne des Totschlagsparagrafen nicht die Rede sein könne, so müsse doch hier, zumal zweimal dieselbe Person getroffen worden ist, zum mindesten ein bedingter Vorsatz angenommen werden. Mit Rücksicht auf die Jugend und die bisherige Straflosigkeit des Angeklagten, dem keine besondere Schuld an dem Ausbruch des Streites beizumessen sei, habe ihm das Gericht jedoch mildernde Umstände zugebilligt.

Im Falle des Angeklagten Marx, der wegen zweier Totschlagshandlungen unter Anklage stand, habe das Gericht festgestellt, daß hier nur ein Totschlagsakt anzunehmen sei, da Marx nicht auf einzelne Personen, sondern auf eine Gruppe geschossen habe. Der Zustand der Notwehr könne zwar nicht verneint werden, doch sei Marx über die zulässige Grenze weit hinausgegangen. Da der Angeklagte gewissenlos mit Menschenleben gespielt habe, habe das Gericht auf drei Jahre Ehrverlust erkannt.

Die gefällten Urteile können in keiner Weise als eine Sühne für die von den Angeklagten begangenen Morde gewertet werden. Auch das Gericht mußte feststellen, daß die ganzen Zusammenstöße von den Nazis provoziert waren. Ihre Bewaffnung, und ferner die Tatsache, daß der eine zweimal auf sein Opfer schoß, der andere einfach wahllos in eine Menschengruppe feuerte, ist ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß sie Blut riechen wollten, so daß, wenn nicht offener Mord, doch zumindest der Vorsatz — und zwar nicht nur bedingt — vorgelegen hat. Die Urteilsbegründung läßt in ihrer ganzen Fassung erkennen, wie schwer es dem Gericht gefallen ist, eine Konstruktion für seine Urteile zu finden. Wären die Angeklagten revolutionäre Arbeiter und nicht Soldaten Hitlers gewesen, dann hätte man wohl nicht soviel Scharfsinn aufgewendet, um zu einem nachsichtigen Urteil zu gelangen.

Und hier liegt das Provozierende auch die-

nen Urteils: es bestätigt auf neue, daß die Gerichte mit sehr verschiedenen Maßen messen.

In anderen Fällen nehmen die Gerichte es auch mit der intellektuellen und moralischen Urheberschaft nicht so leicht wie im Falle des Zahnarztes Heuckenkamp. Dieser Naziheld, den nachgewiesenermaßen die ganze Schuld an den Zusammenstößen mit den verhängnisvollen Folgen trifft, kommt mit ganzen 15 Monaten Gefängnis weg, während die beiden Arbeiter, die letzten Endes nur die Ausführer des Heuckenkamp'schen Feldzugsplanes gegen die Kommunisten waren, doppelt und dreimal so hoch in Strafe genommen wurden. Doch auch diese Milde gegenüber Heuckenkamp ist charakteristisch und nur eine neue Bestätigung für wiederholt in Naziprozessen gemachte Erfahrungen: immer sind es die Proleten, die das von den Naziführern Elingebrockte ausbüßeln und für ihre Führer büßen müssen. So gut ist der Klasseninstinkt der bürgerlichen Richter entwickelt, daß sie auch in Naziprozessen noch Klassenunterschiede zu machen wissen.

Nazihetze begünstigt Ein feines Amtsblatt

In dem Beleidigungsprozess des Genossen Rosenfeld gegen den Nazi Nitz aus Pritzwalk, über den wir kürzlich berichteten, hat das Schöffengericht Pritzwalk am vergangenen Sonnabend den Angeklagten zu der horrend niedrigen, der Schwere der Straftat ganz und gar unangemessenen Strafe von 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen Gefängnis beantragt. Der Nazi, Kreisgeschäftsführer seiner Partei, hatte bekanntlich behauptet, daß Genosse Rosenfeld öffentlich für die Zulassung des Geschlechtsverkehrs zwischen Eltern und Kindern und zwischen Menschen und Tieren eingetreten sei.

Vor Gericht wußte Nitz für seine Behauptungen kein anderes Beweismaterial beizubringen als die Tatsache, daß Genosse Rosenfeld seinerzeit im Strafrechtsausschuß damals noch im Namen der SPD, für eine Humanisierung und Modernisierung des Sexualstrafrechts eingetreten war.

In seinem letzten Wort bezeichnete der Nazi diesen Umstand, ungerührt von den Richtern, als den Versuch, „die ganze deutsche Nation in ihren heiligsten sittlichen Gefühlen aufs schwerste zu verhöhnen.“ Genosse Rosenfeld habe die „arische Rasse“ dadurch zersetzen wollen, daß er die kleinste Zelle der deutschen Nation, die Familie, zu zerstören unternommen habe, um so den Bolschewismus herbeizuführen.

Diesen pathologischen Unsinn hörten die Richter widerspruchslos an. Dann erfolgte das eingangs zitierte Urteil. Das sich — im Vergleich zu dem Gefängnis-Antrag des Staatsanwalts geradezu als eine Aufmunterung für den verurteilten Nazi, zur Fortsetzung seines Verleumdungsfeldzuges darstellt.

Der „Kurier für die Priegnitz“, ein amtliches Nachrichtenorgan, nimmt übrigens in seinem Gerichtsbericht ganz offen für den verurteilten Nazi Partei. „Das Volk spricht ein anderes Urteil“, schreibt er über seinen Bericht. Und sowas wird aus Steuergeldern erhalten!

Ein Ärztekonzilium für Amerika

Wie gemeldet, haben zwölf führende Bankiers und Industrielle unter dem Vorsitz von Owen Young im Staat New York einen Ausschuss zur Bekämpfung der Wirtschaftsschwierigkeiten gegründet. Der Zweck der Neugründung ist die Ausnutzung der nach möglichen Kreditausweitung.



Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

18. Fortsetzung

Orje geht vorneweg an der Spitze. Dann kommt Hans und ein Hamburger und der zweite Hamburger macht den Schluß. Da gehen ein paar junge Leute auf Arbeit. Zum Freihafen oder in die Fabrik. Um diese Zeit gehen viele Tausende auf Arbeit. In Berlin und in Hamburg wälzt sich das schwarze Heer, endlos, endlos durch die Straßen, durch die Fabriktore . . .

Niemand beachtet sie . . . Viele Gassen und Straßen hindurch marschieren sie. Hans will gar nicht wissen, wohin es geht. Von einer Gasse zu zwei andern Straßen ist aus der Dämmerung die Tageshelle gekommen. Die Sonne steigt herauf. Es ist ein wunderschöner strahlender Morgen.

Der Dreher Schulze geht zur Arbeit. Frau Schulze ist krank und kann heute nicht aufstehen. Lissi will heute abend zum Tanz gehen. Sie hat jetzt einen festen Freund. Der quackelt zwar ab und zu mal von heiraten, aber Lissi lacht ihn aus. Du willst ganz was anderes, mein Jung. Sachte . . . sachte. Heute nicht, morgen nicht, so kriegen wir dich hin. Ida schläft noch. Sie hat gestern nach Hans gefragt. Da hat Vater getobt. Sie wird

nicht mehr fragen. Hans ist fort. Hans kommt sicher bald wieder. Du darfst nicht fragen, weiß sie jetzt. Hans hat etwas Böses getan. Sie möchte Hans aber gern was Schönes sagen . . .

Der Fürsorger, Herr Leukel, fährt zum Dienst.

Das Rad dreht sich wieder. Er muß sich beeilen. Er hat heute Sprechstunde.

Vor der Tür sitzen sie schon und warten. Das Telefon klingelt. Da liegt die Post. Zwei Briefe ohne Porto. Die kommen aus Moabit. Da sitzen wieder welche in Unter-suchungshaft. Da schreibt Herr Malermeister Sounding: „Nein, den Jungen kann ich nicht einstellen. Mein Betrieb ist eingeschränkt. Wir haben zu wenig Aufträge. Keine Arbeit . . .“

In Sachen Hans Schulze: „Er ist noch immer unbekanntes Aufenthalts. Sobald er auftaucht, werden wir dem Gericht unaufgefordert Mitteilung machen. Das Zuführungsverfahren läuft bei der Polizei. Wir haben außerdem Aufnahme in das Fahndungsblatt beantragt.“

Die Akten Hans Schulze wandern weiter. Sie haben sich um weitere sechzehn Seiten verstärkt. Beschluß auf Unterbringung in Fürsorgeerziehung liegt vom Gericht vor. . . bereits erheblich verwahrlost. Treibt sich erneut umher. Unterschlagung . . . bereits einmal Termin gehabt.“

Herr Leukel, das ist so ein Fall, nicht wahr? Da liegt nun wieder einer im Graben . . . So ein junger Mensch . . .

Herein . . . „Ja, lieber Freund, das hättest du dir gleich sagen sollen, wenn man seine Arbeit heute einfach schmeißt, liegt man draußen. Von hier aus . . . Kein Gedanke . . . Es gibt jetzt keine Arbeit. Ich will nochmals mit dem Nachweis sprechen.“

„Ja, danke . . . so ist das heute. Danke, Herr Kollege, aber notieren Sie ihn doch bitte nochmals dringend vor . . .“

Der rutscht auch bald ab, ohne Arbeit . . . denkt Herr Leukel . . .

Weiter . . . weiter . . .

Das ist der einzige Ausweg.

Hans sieht das ein. Er greift sogar freudig zu. Was soll er noch in Hamburg. Sieben Nächte hat er mit seinen Kumpels über dem Stall gepennt, mit Lumpen und Decken zuge-deckt. Sieben Nächte hat er gefroren und nur wenig geschlafen. Er ist schmutzig. Aber das ist ja schon alles einerlei. Es gibt keinen Weg mehr zurück. Am Tage haßen sie hier und da gebettelt. Treppauf und treppab. Die Menschen sind mißtrauisch und es geht ihnen selber schlecht. Nur einen Spalt breit geht die Tür auf, dann knallt sie zu. Man steht noch eine Weile. Vielleicht kommt doch noch jemand und man kriegt ein paar Pfennig ab. Oder ein Stückchen Brot. Neulich hat er eine Mütze erhalten, als er gerade so großen Hunger hatte . . .

Jetzt weiß er, was Hunger ist. Einmal hat er sich nur geschämt, als er bettelte und ein Mädchen, vielleicht zehn oder elf Jahre alt, öffnete. Da klopfte das Herz: Ida . . . Ida . . .

Ach Hans . . . Es war nicht Ida. Und das kleine Mädchen brachte ihm Brot und einen Apfel. Einen roten, schönen Apfel. Hans konnte ihn nicht essen. Immer mußte er an das Mädchen denken. Orje schlang ihn dann mit vier, fünf Bissen: „Knorke . . .“

Betteln, Hans. Unterschlagen. Stehlen. Herumtreiben. Hans ist noch nicht ganz unten. Die Lumpen liegen nachts manchmal wie Zentnerlast auf ihm.

Aber Hans lebt noch immer. Er fühlt noch, wie der Arbeitsbursche Hans Schulze gefühlt hätte.

Bald wirst du der Arbeiter Hermann Hennig aus Altona sein . . .

Wozu lebe ich noch?

Ach, wenn doch erst alles vorbei wäre. Hans zuckt noch immer unter den Lumpen und unter dem Schmutz. Abends treffen sich drei immer in der kleinen Kneipe. Der eine Hamburger kommt nicht wieder. „Er ist verschütt gegangen“, hat Orje bald festgestellt.

Sie teilen sich Zigaretten in Kippen, Brot und ein Stück Speck. Mal hat der was, mal der was. Auch ein paar Groschen kommen zusammen. Da gibt was Warmes oder einen Topf Bier . . . auch mal 'ne Erbsensuppe . . . Immer wird geteilt.

Um sie herum sitzen Mädchen von der Reeperbahn und Männer mit finsternen oder lauernden Gesichtern.

Da gibt es auch mal Krach, wenn ein Mädchen nicht ganz richtig abgeliefert hat. Neulich hat eine aus Mund und Nase geblutet und der Mann schrie immer: „Du olle Sau . . . Du Miststicke . . .“ Und die drei Jungen wollten aufmischen, dem Mädchen beibringen. Orje, der Erfahrenste, faßt sich bei solchen Sachen immer zuerst . . . „Laß man . . .“

Und richtig. Fünf Minuten später war alles wieder in Ordnung. Der Mann war ernüchert und ausgetobt. Das Mädchen hatte sich das Blut von den geschwellenen Lippen abgewischt und zog nun mit Stif und Spiegel die Farben nach. Im Gesicht zuckte es noch ab und zu. Aber die Augen, tief im Gesicht und melancholisch unterstrichen, lachten schon wieder. „Es hat nur was gesetzt, aber er ist doch nicht fortgegangen . . .“

Dicker Rauch steht in der Kneipe.

Hans schwimmt in diesem Nebel. Alle Menschen schwimmen in diesem See. Da werden Sachen verschert und bei der Gruppe, die so eifrig überlegt, klappert es eben. Aber es klappert selbstverständlich nur ganz schwach.

Einbrecherwerkzeug . . .

„Selbstmord“ — „Kaufkraftmord“

Wer mordet wen?

„Mord!“ Dieses kommt nur in der Kriminalistik behelmte Wort seit einiger Zeit in die Wirtschaftstheorie eingeführt zu haben ist das Verdienst der SPD-Wirtschaftler. Der „geistreichen“ Methode liegt der Gedanke zugrunde, daß sich die Wirtschaft selbst mordet, weil sie die Kaufkraft durch ihren fortgesetzten Lohnabbau mordet. So bringt der „Vorwärts“ in seiner Freitagausgabe gleich zwei Wirtschaftsnotizen unter „Mord“-Überschriften. Der „Kaufkraftmord“ hat sich bei den Konsumvereinen ausgewiekt. Und ein kurzer Bericht des Instituts für Konjunkturforschung erscheint unter: „Selbstmord durch Lohnabbau“.

Wer mordet wen? Nach den SPD-Wirtschaftlern nicht etwa der Kapitalismus den Arbeiter, sondern der Kapitalismus mordet sich selbst. Er ist zu dumm, das nicht einmal zu merken, zu sehen, trotzdem die SPD-Aerzte das in steigender Besorgnis um ihren kranken Kapitalpatienten jeden Tag sagen und ihn kniefällig bitten, doch sein kostbares Leben zu erhalten und — den „selbstmörderischen“ Lohnabbau bleiben zu lassen.

Aber der „eigensinnige“ Selbstmordkandidat Kapitalismus pfeift auf alle guten SPD-Ratschläge und — selbstmordet weiter, baut Tag für Tag in umso schnellerem Tempo die Löhne ab.

Das ganze klingt wie ein Witz, oder wie eine Geistesgestörtheit liegt nicht beim Kranken, sondern beim Arzt. Das unsinnige Selbstmordgeschwätz der SPD-Wirtschaftler ist nur ein Beweis, daß sie wie jeder Hilflose oder Feigling, die ändern für dumm halten, und daß sie das einzige geistige Werkzeug zur Erklärung des tatsächlich auch in der Frage des Lohnabbaues vorhandenen kapitalistischen Widerspruchs, die Marxistische Erkenntnis preisgeben oder nie begriffen haben.

Wie steht's in Wirklichkeit mit dem „wirtschaftlichen Selbstmord“? Erstens kann und darf ein Wirtschaftler der Arbeiterklasse nicht einfach von „der“ oder von „unserer“ Wirtschaft sprechen, sondern er kommt den Dingen nur auf den Grund, wenn er in Deutschland von der kapitalistischen Wirtschaft spricht, die ganz und gar nicht die Wirtschaft des Proletariats ist.

Weiter, es ist in der Tat der Fall, daß die kapitalistischen Machthaber mit ihrem fortgesetzten Lohnabbau ihre eigene Wirtschaft hemmen und einengen und in Hinsicht auf den Gesamtkapitalismus schädigen. Durch den Lohn- und Unterhaltungsabbau wird die Summe des dem Proletariat zum Einkauf zur Verfügung stehenden Geldes immer mehr verringert und so die Massenkaufkraft zerstört. Das hat eine immer weitergehende Einschränkung des Inlandsabsatzes, eine Steigerung der Betriebseinschränkungen, Stilllegungen und damit Verringerung des Profits zur Folge. Aber das weiß der Kapitalist auch ohne die SPD-Theoretiker. Wenn er trotzdem den Lohnabbau fortsetzt, so, weil er von seinem Standpunkt aus so handeln muß. Die aus der internationalen Krise resultierende allgemeine Absatzstörung zwingt den Kapitalismus nicht nur zur Betriebseinschränkung, sondern auch zur Herabsetzung seiner Warenpreise. Hat schon das eine Verkleinerung seines Profits zur Folge, so kommt noch hinzu, daß der verkleinerte Betrieb die ganze Kapitallast, die auf dem nun „viel

zu groß“ gewordenen Werk (Gebäude, Maschinen usw.) liegt, tragen soll. In dieser „Not“ ist der Lohn der einzige Faktor, der verringert werden kann, um ein Mindestmaß von Profit, ja, um überhaupt das Werk kapitalistisch aufrechtzuerhalten.

Um seiner Existenz willen sieht sich also der Kapitalismus gezwungen, immer weiter Lohnabbau zu treiben. Er muß den Kapitalismus als ganzen und damit indirekt sich selbst „schädigen“, um am Leben zu bleiben. Wenn man aber hier von Mord reden will, so ist es vor allem die Arbeiterschaft, die gemordet wird. Auf Kosten des Proletariats will der Kapitalismus sich einen Ausweg aus der Krise bahnen.

Das alles zeigt daher nicht nur einen der vielen Widersprüche innerhalb des Kapitalismus selbst, sondern, was hier das weitwichtigere ist, den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Will die Arbeiterklasse leben, dann muß der Kapitalismus sterben. Alle Mittel der revolutionären Kämpfe müssen vom Proletariat angewandt werden, um das mörderische, bankrotte kapitalistische System zu stürzen.

Weil die reformistischen SPD- und ADGB-Theoretiker diesen Kampf nicht wollen, deshalb verfallen sie auf ihre unsinnigen Selbstmordtheorien, die daher sehr gefährlich und nichts anderes als die theoretische Begründung des reformistischen Verrats der Arbeiterinteressen in der Praxis sind.

Das überall klar aufzuzeigen, ist Aufgabe unserer Genossen in Betrieb und Gewerkschaft.

Gescheiterte Schlichterverhandlungen

Polizei gegen streikende Fleischer

Die Verhandlungen im Streik der Berliner Fleischwarenfabriken zwecks Verbindlichkeitsklärung des Lohnabbauschieds sind gescheitert. Das heißt aber nur, daß es zu keiner Verständigung zwischen Unternehmern und Gewerkschaft kam. Die Gefahr, daß der Schiedsspruch doch noch vom Schlichter für verbindlich erklärt wird, besteht nach wie vor. Die formale Möglichkeit hat der Schlichter ohne weiteres. Es wäre allerdings ein tolles Stück, nachdem schon die Hälfte der Wurstfabriken zu einem neu mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarif ohne Lohnkürzung weiterarbeitet. Für Streikende heißt es daher: höchste Alarmbereitschaft gegen die vom Schlichter drohende Gefahr.

Auch die Polizei eilt jetzt den bedrängten Fabrikanten zu Hilfe. Sie schützt nicht nur mit allen Mitteln die wenigen da und dort auftauchenden Streikbrecher, sondern hat am Donnerstag sogar ein Streiklokal ausgeräumt

und mit Gummiknüppel gegen Streikende gewütet. Deckt der Sozialdemokrat Grzesinski diesen Skandal?

Freiwillige Lohnabbavereinbarung

Im Berliner Kohlenhandel hatten die Unternehmer Lohn- und Manteltarif gekündigt, natürlich, um Lohnabbau durchzuführen. Jetzt ist es auf Vorschlag des Schlichters Dr. Körner zu einer freiwilligen Vereinbarung gekommen, die eine Kürzung des Lohnes in der Spitze von 1,02 auf 0,95 Mark vorsieht.

Die Gewerkschaftsführer werden das als „Erfolg“ preisen mit dem Argument, daß ein Schiedsspruch noch Schlimmeres gebracht hätte. So sinkt der Lohn immer mehr, weil eben nicht die einzelnen Gruppen, sondern nur die gesamte Arbeiterklasse durch politische Massenaktionen das verhindern kann.

Noch mehr Nationalismus um — den Nationalismus zu bekämpfen

„In bolschewistischer Einheit vorwärts.“ So überschreibt die gestrige „Rote Fahne“ ihren als Leitartikel aufgemachten Bericht der Plenartagung des Zentralkomitees der KPD vom 24. Mai. „Vereint rückwärts“ wäre eine passendere Überschrift gewesen. Der Bericht verrät, daß kein einziger neuer Gedanke das Zentralkomitee beschwert hat. Von einem Eingehen auf die doch gewiß sehr wichtigen Ereignisse der neuesten Zeit in einer entsprechenden Schlußfolgerung ist nichts zu finden. Jeder Satz könnte ebenso vor einem oder zwei Jahren geschrieben sein. Bemerkenswert ist nur, daß Thälmann als Referent erklärte:

„Mit Hilfe der nationalistischen Welle ist es der Bourgeoisie gelungen, breite Millionenmassen vom Kampf gegen das kapitalistische System auf den bloßen Haß gegen die Versailler Knechtschaft abzu lenken.“

Vollkommen richtig! Aber welche Lehren ziehen Thälmann und das ZK daraus? Hören wir:

„Gegenüber der nationalistischen Hetze und Demagogie des Hitlerfaschismus muß die Partei viel entschlossener auf der Linie des Freiheitsprogramms und der Deklaration des ZK zur Reparationsfrage die Rolle der KPD als einziger wirklich gegen Versailles kämpfender Partei klarstellen.“

Also Austreibung des Hitlernationalismus mit dem Nationalbolschewismus. Die KPD-Führung hat nur noch nicht begriffen, daß auf diesem Gebiet Hitler immer das Rennen macht, und daß sie ebenfalls die Arbeiter vom Kampf gegen den Kapitalismus ablenkt und mit ihrem Nationalismus der Hitlerpartei die Hasen in die Küche jagt.

Diese KPD-Führung ist ein hoffnungsloser Fall.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, (in Inserten: Johannes Hoffmann, Verlag Siebel Zeitungs-Verlagsges. m.B.H. Druck Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magasinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterschaft, erscheint täglich außer Montags. Redaktion: Berlin O 27, Magasinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben 2 7 2904. Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magasinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben 2 7 2905. Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. (Jahreskreuzband: RM 2.10 monatlich zusätzlich RM 1.30 Porto.)

Staatstheater
Oper u. d. Linden
Sonnabend, 28. Mai
8 Uhr
Der Troubadour
Schauspielhaus
Sonnabend, 28. Mai
8 Uhr
Egmont
Der Liebestrank
Schillertheater
Sonnabend, 28. Mai
8 Uhr
Die Räuber

Volksbühne
Theater d. Volkwil
113 Nordend 2041
Sonnabend, 28. Mai
8 1/2 Uhr
Sturm im Wasserglas
Rose-Theater
Große Tankfurter Str. 132
Sonnabend, 28. Mai
8 30 Uhr
Weekend im Paradies
Gartenbau
5 30 Uhr
Kontanz und Varieté
8 15 Uhr
Zigeunerliebe
Werbt für die SAZ

Lichtspiele
am Stettiner Bahnhof
Invalidenstr. 127
Tonfilm-Tageskino
2 Riesen-Schlager:
Renate Müller, Hermann Thimig in
Mädchen zum Heiraten
und
Kriminalreporter Holm
mit Hermann Speelmann, Elga Brink, Harry Hardt
Anfangszeit: Sonntags 3, 5, 7, 9 Uhr
Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
Der schönste Mann im Staate
und
Man braucht kein Geld
PRATER
Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße
Autobus 9
Willy Forst, Alice Kieß in
Peter Voss, der Millionendieb
Eine tolle amüsante Fahrt um den Erdball
und
Ich heirate meinen Mann
mit Trude Berliner und Szöke Szakall
3 Uhr große Jugendvorstellung
(Sonntags) 6.30 und 9 Uhr.

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Mädchen zum Heiraten
und
5 von der Jazzband
Theater des Weddings
Müller, Ecke Selberstraße
Ben Hur
(in Tonfassung)
dazu:
Das ersteklassige Beiprogramm
Jugendliche haben Zutritt

Stärkt den Pressfonds
In der Nähe der Volksbühne ist eine möblierte
3 1/2 Zimmer-Wohnung
mit Bad und Telefon bzw. einzelne Zimmer mit Küchenbenutzung für kurze oder längere Zeit zum Preis der leeren Räume sofort von Parteigenossen zu vermieten. Off. an den Verlag dieses Blattes.

KINU FÜR JEDERMANN
Potzdamer Str. 4, im Voxhaus, ab Potzdamer Platz B 1 Kapf. 2334
Ab Freitag, 27. Mai:
Heinz Rühmann, Doty Haas, Fritz Grünbaum in der lustigen (Infilmparodie).
Es wird schon wieder besser
Uta-Lonwenschau und das große Tonbeiprogramm.
Jugendliche u. Erwachsene 0,40 M.
tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag, ab 3 U. nachm. bis 10. uachm.
Fünzig. Tag- u. Nachtkino Berlin

M. I. L. A.
Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Aufmarsch ihrer Prominenten-Lieblinge in dem Doppelprogramm der aktuellen Zeitsatire
Basenklein kann nichts dafür
mit Jakob Tiedke, Lien Deyers, Joh. Riemann, Senta Söneland, Hans Brausewetter, Albert Paulig, Jul. Falkenstein, Paul Westermeyer
dazu: Werner Fuetterer
Die 4 vom Bob 13
mit Hans Junkermann, Peter Voss
Jugendliche haben Zutritt.

Lest den Klassenkampf
Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seltenlägel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75, Stiefel 3,75, neue Schlafdecken 0,95, 1,95, Monteurjacken und Hosen 1,10, Militärunterhosen und Hemden 0,75 M., Latschuhe 0,90 M., neue Arbeitsbosen, englisch Leder, 3,50 M., neue Schürschuhe Militärart (Klein-Schuh) 4,30 M., neue Militärschuhe, Ledersohle 1,30 M., Militär-Dreilacke 1,10, Hosen 1,10, in Windjacken 4,50, moderne Kletterwesten 4,90, neue in Reinwollsocken 6,75, reinwollene Pullover 2,90, Trainingsanzüge 4,90, in Polohemden, lange Aermel 1,95 M., Alles zum Ausschauen. Militärröcke für Arbeitszwecke 2,80 M., neue Hosen, gebrauchte Hosen 2,50 M., in Manchesterhosen 5,75, in Körperbarchent-Arbeitshemden 1,95, in Sporthemden, lester Kragen, mit Krawatte 2,90, Zeltbahnen, Zelte, Wanderartikel, Rucksäcke, neue Lederjacken, Schlosserhemden, Packerblusen, Arbeitskleid, Breeschhosen 4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Einzelverkauf. Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3, Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19.

Wer sich schützt zur rechten Zeit, bleibi bewahrt vor Angst und Leid. Nimm Femmofact gegen Infektion!

Gaststätten der Arbeiter und Arbeitersportler für Zwickau und Umgegend

Wilkau Restaurant „Zur Haltestelle“ für alle Ausflügler und Sportler beste Einkehrstätte Mönchhof Kulmbacher und Werneggrüner Brauzell-Biere Warme und kalte Speisen Zeitgemäße Preise. — Ruf: Amt Zwickau 7869 — Rudolf Ebert u. Frau	Zwickau Konditorei und Café Buschbeck Bes.: Max Wächter Ruf 4964 Ruf 4964 Beliebtestes Caféhaus Zwickau Erstklassiges Bestellgeschäft
Das Lokal aller Sportler und Ausflügler ist Restaurant „Zur Linde“ Neuwilkau Gute Küche Erstklassige Getränke. Ruf: Amt Zwickau 7023 Kurt Meier u. Frau	Oberhohnorf Kulmbacher Bierstuben Das Verkehrslokal der Arbeitersportler Inh.: Arno Rösch. Ruf 7124

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
2 Riesen-Schlager!
Renate Müller, Hermann Thimig in
Mädchen zum Heiraten
dazu:
Kriminalreporter Holm
mit Hermann Speelmann, Elga Brink, Harry Hardt

Notzeit — Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19.
Seltenlägel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2,75, Stiefel 3,75, neue Schlafdecken 0,95, 1,95, Monteurjacken und Hosen 1,10, Militärunterhosen und Hemden 0,75 M., Latschuhe 0,90 M., neue Arbeitsbosen, englisch Leder, 3,50 M., neue Schürschuhe Militärart (Klein-Schuh) 4,30 M., neue Militärschuhe, Ledersohle 1,30 M., Militär-Dreilacke 1,10, Hosen 1,10, in Windjacken 4,50, moderne Kletterwesten 4,90, neue in Reinwollsocken 6,75, reinwollene Pullover 2,90, Trainingsanzüge 4,90, in Polohemden, lange Aermel 1,95 M., Alles zum Ausschauen. Militärröcke für Arbeitszwecke 2,80 M., neue Hosen, gebrauchte Hosen 2,50 M., in Manchesterhosen 5,75, in Körperbarchent-Arbeitshemden 1,95, in Sporthemden, lester Kragen, mit Krawatte 2,90, Zeltbahnen, Zelte, Wanderartikel, Rucksäcke, neue Lederjacken, Schlosserhemden, Packerblusen, Arbeitskleid, Breeschhosen 4,90. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Einzelverkauf. Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3, Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19.

Verein für Leibesübungen Planitz
Sonnabend und Sonntag den 28. u. 29. Mai
großes Vereinsportfest
Hand- u. Fußballspiele, Ringen u. Boxen, Mannschaftskämpfe der Leichtathleten, Pushballspiel, Bewegungsgesch., Festzug, altem Freilübungen usw.
Ab 18 Uhr Festball
Wir erwarten den Besuch der gesamten Arbeiterschaft von Planitz
Der Gesamtvorstand

Turnverein Vorwärts e. V. Rotschau
Sonntag, den 29. Mai 1932, 14.30 Uhr:
Schauturnen
auf dem Turnplatz am Kreuzholz. Abmarsch 14 Uhr Reichenbacher Str. Alle Freunde und Gönner der Freien Turn- und Sportbewegung sind uns herzlich willkommen.
Frei Heil
Der Turnrat
Werbt für die SAZ

Rezepte! Von Wilfeld

Menschen haben viele Krankheiten! An und in allen Gliedern und Organen des Körpers. Viele Krankheiten kommen von irgendwo. Sind einfach da. Qualen, zwicken, stechen, schmerzen. Schreckliche, qualvolle Krankheiten — — —!

Gegen Krankheiten gibt es Aerzte. Die untersuchen, verordnen, schreiben Rezepte.

Viele Rezepte! Auf feinem, unschuldig-weißem Papier stehen zierliche, grobe, verschörkelte, unleserliche lateinische Buchstaben. Für die Rezepte bekommt man Pulver, Pillen, Salben, Tee, Arzneien. Das hilft — oder hilft nicht. Aber es gibt Kranke, Aerzte und Rezepte!

Nicht nur Menschen sind krank! Unsere Wirtschaft ist krank! Der Kapitalismus ist krank! Auch dafür gibt es Aerzte; gibt es Rezepte. Auf Papier; in Büchern, Broschüren und im Film — — —!

*

Mensch oder Maschine? Das ist der Titel eines vertonten Rezeptes. Der Arzt: „Direktor einer Zigarettenfabrik.“ Ein tüchtiger Arzt. Und „menschlich“. Die Diagnose: „Ursache der kapitalistischen Krankheit ist die Maschine!“ Fritz Unbesorgt schnauft. „Mensch oder Maschine?“ „Eintritt frei!“ „Da gehen wir rein.“ Und Unbesorgt geht unbeschwert ins Kino.

Das ist vollbesetzt. Am Eingang gibt's Zettel. Fritz nimmt einen Zettel. Quetscht sich durch Menschenheine. Setzt sich hin, seufzt, liest. Andächtig jede Zeile. Alle lesen in dem Dämmerlicht die Zettel. „Fedag“, Feringemeinschaft deutscher Arbeitnehmer A.-G.

Fritz zittert. Das Papier zittert. „Gut so, denkt er, „endlich kann ich in Ferien reisen!“ Man muß Zigaretten kaufen bekommt Gutscheine; klebt sie in den Markenbogen. „Dafür gib's vierzehn Tage Urlaub!“ „Umsonst!“ Unbesorgt liest. Einmal, zweimal! „Urlaub umsonst!“ — — — Das ist's, was er braucht. Darauf wartet er. „Was sie noch alles erdenken?“ denkt Fritz und hat ausgedacht. Zu was denken! —

Es wird dunkel. Die Leinwand flackert. Ein strammer Marsch. „Mensch oder Maschine?“ Und nun kommen Bilder. Männer in Eleganz. Pelzkragen und Aktentaschen. Erstklassiges Hotel. Sitzung der Direktoren. Dann ein Fabriksaal. Zigarettenmaschinen mit ihrer Produktion. Wie Hagelkörner fallen fertige Zigaretten. Dazwischen Ansprache des Direktors. Dann Frage: „Soll das so sein?“ und ein leerer Saal mit verdeckten, schlafenden Maschinen.

„Überspitzte Gewerbefreiheit!“ Jawohl, so sagt dann Herr Direktor Grözingert von der Fedag A.-G. — lies: Zigarettenfabriken „Austria“ und „Fergus“, München — im Film. Die ist auch schuld an der Krise. Und daran, daß es so viele Fabriken gibt. Und die Arbeiter keine Arbeit haben — — —!

Fritz schreit „Bravo!“ Nein, er denkt nur zu schreien. Er ist brav und harmlos. Hat noch keine Versammlung besucht. Mischt sich nicht in Politik. Aber das hier; das ist richtig. „Jawohl, die überspitzte Gewerbefreiheit und die Maschinen sind schuld!“ So denkt der arbeitslose Fritz Unbesorgt und hat ausgedacht.

„Man muß zur Handarbeit zurückkehren,“ sagt der Herr Direktor im Film. Und er zeigt Fritz einen schönen, hellen Saal. In dem sitzen in schneeweißen Kutten mit schneeweißen Mützen, je Vier in einer Reihe, junge

Mädchen und Frauen. Ihre flinken Finger rollen Tabak; stecken ihn in Hülsen, schneiden die Enden ab. Sie singen. Etwas gezwungen zwar und lustlos. Aber Fritz sieht das nicht. Er sieht auch nicht den betretenen und bemützen Mann, der vor den Mädchen sitzt, wie ein Feldweibel vor einer Sebar-Rekruten. Er sieht auch nicht die Unteroffiziere, die bei dem Demonstrationszug der, die Handarbeit propagierenden, Mädchen auf „Richtung“ achten. Und Fritz sieht nicht die teilnahmslosen, fast zornigen Gesichter der Mädchen, die der Propagandarede des Direktors lauschen: „Zurück zur Handarbeit!“ — „Landschaften —!“ — „Es braust ein Ruf wie Donnerhüll — — —!“

Fritz Unbesorgt geht unbesorgt nach Hause — — —

Ein nettes Rezept. Jetzt kennen wir Ursache, Wirkung und — — — ob wohl der Rezeptfimmel bald menschlicher Vernunft weichen muß? „Zurück zur Handarbeit?“ Preise dich glücklich, Prolet! Wir kommen in ein neues Reich — (bitte, zähle selbst das wievielte) —! Fort mit dem laufenden Band, mit Auto, Flugzeug, Turbine, Elektrizität, Chemie. Fort mit dem Teufelzeug, das dich brot- und arbeitslos macht. Fort mit der Monotonie, den zerrissenen Nerven, schmerzenden Muskeln, zerquetschten Armen und Beinen, den gaszerfressenen Lungen. Du bist nicht mehr Maschine, toter Mechanismus. Kannst frei schaffen. Die Nerven konzentrieren auf neue Schöpfungen — — —! „Zurück zur Handarbeit!“

Und dann — vergiß das nicht — die „herrliche“ Zukunft! Was war damals mit einer „überspitzten Gewerbefreiheit“? Ach ja, der Geselle konnte — konnte?! — Meister werden. Des dichtenden, philosophierenden Meisters reizendes Töchterlein bekommen. Reizend! Einzig schön! Da war Handarbeit! Man durfte lange arbeiten. Mußte jahrelang auf die Walze gehen. Und wurde manchmal kurz vor seinem Tode Meister. Aber das liegt weit zurück. Hunderte Jahre. Viel jünger ist die Zeit, wo ganze Gruppen ganze Häuser füllten. Dort war's herrlich! Dort war Handarbeit! Dort war der Meister Vater. Ein lieber Vater! Liebs „nur“ sechzehn Stunden arbeiten. Gab nette Offiziere zur Aufsicht, die Leben in die Bude brachten. Unterhaltung und sonstige schöne Dinge.

„O, selige Zeit, wie liegst du weit.“ Da brauchte man keine Rezepte. Und kein Geld für vertonten Rezepte. Heute braucht man das. Der Arbeiter arbeitet zu wenig Stunden. Der Lohn ist zu hoch.

Da müssen Rezepte helfen, die man fein süßlich — in Bild und Ton — erläutert. Man muß es allen Menschen begreiflich machen. Tropfen um Tropfen eingießen. Eins, zwei, drei, bis der Glaube selig macht. Bis alle Arbeitslosen, alle Arbeiter und Arbeiterinnen wirklich glauben, daß die Arbeitszeit zu kurz und der Lohn zu hoch ist.

Dann ist keine Krise mehr da. Der Kapitalismus ist geheilt. Und der Arbeiter — — —?

Kleines Feuilleton

Radium gegen Feuersgefahr

Schon verschiedentlich wurde die Möglichkeit erwogen, den Wunderstoff Radium als Schutz gegen Feuersgefahr zu verwenden. Besonders in Papier- und Gummifabriken ist solch ein wirksamer Schutz angebracht, da die Maschinen sehr leicht elektrische Funken er-

zeugen, welche die Ursache großer Feuersbrünste sein können. In einer Fabrik in Rußland ist seit einiger Zeit Radium als Feuerschutz in Gebrauch. Durch das Radium wird die Luft ionisiert, und die elektrischen Ladungen werden gefahrlos abgeleitet. Ein Milligramm Radium, das in solchen Fabriken angebracht wird, hat eine jahrelange Wirksamkeit.



Maurice Rostand:

Der Mann, den sein Gewissen trieb

(Kleines Theater, Berlin)

Es ist nicht weit her mit unserer Kultur. Sonst würden wir alle das empfinden, was Rostand uns von der Bühne herunter zu verkünden für nötig hält: Daß der Soldat ein Mörder ist. (Behauptung Rostands, nicht Gregor Holms; Rostand lebt in Frankreich, dort darf man so etwas noch ungestraft

sagen!) Und das Gewissen treibt ihn, der für sein „Vaterland“ gerundet hat, zu den Eltern, zur Braut des Ermordeten, er will gestehen, sühnen, schreien. Und verwickelt sich — er wird in seiner Erschütterung für den letzten Freund des Gefallenen gehalten — in eine gute Lüge. Rostand läßt ihn, den Mörder, zum Ersatz des Gemordeten werden. Ueber die Grenzen hinweg überwinden sich die Menschen und kommen zueinander.

Rostand gibt die individuelle Lösung des Nationenkonfliktes. Sagt uns aber nicht die viel wichtigere des politischen Problems, die Lösung, die nur in der Liquidierung der kapitalistischen Weltordnung liegen kann, jener Weltordnung, die das Ungeheure Krieg als wesentlichen Bestandteil ihrer Existenz betrachtet, betrachten muß.

Trotzdem ist es ein Verdienst, daß heute, wenn auch nur von der Bühne eines so kleinen Theaters, wie es das Kleine Theater ist, etwas ins Publikum geschrieben wird, was nicht nach Heldentaten stinkt, nach dem der Schwerindustrie so nützlichen Heldentum.

Karl Meixner, der die Gestalt des vom Gewissen Getriebenen mit Diskretion und verhaltener Leidenschaft verkörpert, verdient besondere Erwähnung. Gregor Holm.

Überschwemmungsschäden in England

London, 27. Mai 1932

Wie der Gesundheitsminister im Unterhause mitteilte, mußten in Bentley 2000 Personen infolge der Überschwemmungen ihre Wohnungen räumen. In Toll-bar wurde mit der Ausräumung von 1500 Einwohnern aus ihren überschwemmten und schwer beschädigten Wohnungen begonnen. In Sheffield sind 2500 Bergarbeiter durch die Überschwemmung der Bergwerke arbeitslos geworden.

20 Millionen auf dem Meeresgrund

Paris, 27. Mai 1932

Der italienische Bergungsdampfer „Artiglio“, der während der Wintermonate seine Nachforschungen nach dem Goldschatz des gesunkenen Afrikadampfers „Egypto“ eingestellt hatte, wird seine Arbeiten in den nächsten Tagen wieder aufnehmen. Die Taucher waren bereits im Vorjahr mit ihren Arbeiten so weit fortgeschritten, daß nur noch die Hebung des 20-Millionen-Schatzes übrigblieb. Die lange Stillelegung der Arbeiten hat allerdings einige Eisenbalken durch den Strom derart vor die Oeffnung der Geldkammern getrieben, daß die Arbeit mit neuen Freilegungsarbeiten begonnen werden muß.

In Gottes Namen . . .

Paris, 27. Mai 1932

Zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall kam es am Donnerstag in einer Kirche in Lyon während der Frühmesse. Eine 33jährige Polin, die fast täglich die Kirche besuchte, zog plötzlich in einem Anfall von Geistesgestörtheit einen Revolver und schoß blindlings um sich, ohne glücklicherweise jemanden zu verletzen. Der Geistliche unterbrach sofort seine Predigt und alarmierte die Polizei, der es nach vieler Mühe gelang, die Tobsüchtige festzunehmen. Sie wurde vorläufig in einer Irrenanstalt untergebracht.

Frauenmord in Dortmund

Dortmund, 27. Mai 1932

Wie das Polizeipräsidium mitteilte, wurde am Donnerstagnachmittag von zwei Holzsammlern in den Rombergischen Waldungen in der Nähe des Gutes Reichsmark eine Frauenleiche aufgefunden. Sie war mit Erde und Tannennadeln gut verdeckt, so daß sie kaum zu sehen war. Lediglich die Schuhe und die Finger einer Hand ragten aus der Erde heraus. Die Leiche war schon stark in Verwesung übergegangen. Es liegt offensichtlich ein Verbrechen vor.

Vom Himmel hoch

Wiesbaden, 27. Mai 1932

Am Donnerstag unternahm der Pilot Piß von der Akademischen Fliegerschule Aachen mit der Maschine „Cumulus“ einen Segelflug. Nachdem das Flugzeug eine Stunde lang in 1500 Meter Höhe über Wiesbaden gekreuzt hatte, wurde es plötzlich auf 2000 Meter hochgetrieben und kam ins Trudeln. Hierbei fiel der Pilot aus dem Flugzeug. Er konnte jedoch mit Hilfe des Fallschirms unversehrt in der Nähe der Stadt landen. Auch das Flugzeug kam unbeschädigt zu Boden.

Französisches Flugzeug vermißt

Paris, 27. Mai 1932

In Paris ist man sehr beunruhigt über das Ausbleiben von zwei Schiffsbrüchigen der „Georges Philippart“, die von Port Said aus ein englisches Flugzeug benutzt hatten, um nach Brindisi in Italien zu gelangen. Dort waren beide an Bord eines französischen Flugzeuges gegangen, das bereits in der Nacht zum Donnerstag in Marseille hätte eintreffen müssen. Der Apparat, der von dem bekannten französischen Flieger Goulette gesteuert wird, sollte eine Zwischenlandung in Genua vornehmen, ist dort aber niemals eingetroffen. Man hat auch aus Italien keinerlei Meldungen, wonach das Flugzeug irgendeine Notlandung hätte vornehmen müssen. Am heutigen Freitag werden zwei französische Flugzeuge aufsteigen, um die ganze Strecke bis Brindisi zu überprüfen und besonders die Küstengebiete abzuflogen.



„Volkstümlich“-Gemeingut aller Raucher,

das sind die rechten Worte für unsere „Juno“!

Und wie erreichte Juno diese Anerkennung? Lediglich durch ihre hervorragende Qualität, die auf gewohnter Höhe zu erhalten, unser Ziel bleibt.

Wer **JUNO** raucht,

weiß, daß sie keine Wertmarken, Gutscheine, oder Stickersien bringt, dafür aber absolute Gewähr bietet für unverminderte Güte und volles Format.



Die einzig Richtige!

A1 Mörder Naziarzt

Vor einigen Tagen wurde in Regensburg ein elfjähriger Schüler von einem Führer überfahren und schwer verletzt. Man brachte ihn in die Klinik des Geheimrats Dürfler. Der Geheimrat aber verließ das Zimmer und verweigerte dem Schwerverletzten jede Hilfe, als er den Namen des Jungen erfuhr. Er ließ Mundelbaum. Der Knabe wurde nun ins Hospital der Barmherzigen Brüder geführt, wo er schleunigst operiert werden mußte.

Die Operation kam aber zu spät, der Bedauernswerte starb kurz darauf. Hätte der Geheimrat Dürfler ihm nicht die Hilfe verweigert, wäre er mit größter Wahrscheinlichkeit zu retten gewesen.

Die Kampfweise der Nazis gegen Andersgesinnte ist schon an sich viehisch gemein. Wie aber soll man erst die Handlungsweise dieses als Nazi bekannten Geheimrats einschätzen, einen wehrlosen schwerverletzten Jungen gegenüber, der selbst nach den übergechnapten Nazitheorien als Feind nicht in Betracht kam. Wie soll man dieses Verhalten beurteilen bei einem „gebildeten“ Geheimrat, von dem man nicht annehmen sollte, daß er blindlings auf ein paar Versammlungsphrasen hineinfällt. Von der Gemeinheit, der Rohheit, der Niedertracht, die im Dritten Reich auch und gerade den Wehrlosen gegenüber angewandt werden wird, kann man sich nach diesem Beispiel ein blasses Bild machen.

Eigenartig mutet das Verhalten des Regensburger Stadtrats an. Er hat die Angelegenheit dem ärztlichen Bezirksverein weitergeleitet, um sie von ihm „unter dem Gesichtspunkt der

ärztlichen Standesehre“ überprüfen zu lassen. Notwendig wäre gewesen, den Geheimrat sofort von allen städtischen Diensten zu suspendieren und die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten, um sie „unter dem Gesichtspunkt einer fahrlässigen Tötung mit äußerst erschwerenden Umständen“ überprüfen zu lassen und eine Verfügung zu erwirken, die dem Geheimrat die Fortführung seiner Tätigkeit sofort untersagt. — Aber in was für einen Staat leben wir schon!

Nürnberg

Grundsatztreue Nazis. Der „Stürmer“, die übelste Sumpfbüchse aus dem ganzen nazistischen Pressekorsett, druckt in der Nr. 20, in derselben Nummer, in der er die Aufhängung eines mit Namen und Adresse genannten Juden fordert (Herr Staatsanwalt, Sie schlafen wohl wieder mal auf dem rechten Auge?! — einen Brief der Zeitung der tschechischen Hitlerianer, des „Sudetendeutschen Beobachters“, ab, aus dem wir des Interesses halber folgende Kostprobe zum Besten geben:

„Wir teilen Ihnen diese Vorgänge mit... um zu zeigen, unter welcher widerlichen Verhältnissen wir in Sudetendeutschland kämpfen müssen:

1. gegen die anderen deutschen Parteien,
2. gegen das Judentum und
3. auch noch gegen die Tschechen und ihren Staat.“

Der Hauptfeind der tschechischen Nazis sind also die übrigen Deutschen, dann erst kommen die Juden, schließlich sichtlich ungern auch noch die tschechischen „Erben“ die „Vasallen Frankreichs“, wie es bei den reichsdeutschen P's so schön heißt. Stammt die Unlust, mit der man „auch noch“ gegen die Tschechen kämpft, von einer Sympathie für Hitlers Rasse mütterlicherseits her? Uns wäre die Haltung der tschechischen Nazis zur Nationalitätenfrage Piepmatz, wenn nicht dieselben tschechischen und deutschen Nazis und ihr halbtschechischer Führer sich immer wieder als die nationalsten „Germanen“ aufspielen würden.

Fürth

4 287 139 M. Defizit im Haushaltsvoranschlag. Der städtische Haushaltsplan, der insofern schwieriger vorarbeiten ers. jetzt dem Stadtratsplenum vorgelegt werden kann, schließt mit Einnahmen von rund 9,3 Millionen und Ausgaben von rund 13,6 Millionen ab, so daß der Fehlbetrag von fast 4,3 Millionen entsteht. Von den Ausgaben entfallen allein 5 559 035 M. auf das Wohlfahrtswesen, das sind gut 40 Proz. aller Ausgaben.

Würzburg

Was in Deutschland alles verboten ist. Die Polizei hat Nr. 21 der Zeitschrift „Neues Volk“, Organ der Arbeiter- und Bauernpartei (Vitus Heller), beschlagnahmt. Auf den Vorwurf von Vitus Heller, die Beschlagnahme sei ohne ausreichenden Grund erfolgt, antwortet der Würzburger Polizeidirektor Eder (unseres Wissens in Schwarzer) u. a. folgendes: „Wer darüber noch im Zweifel sein sollte (über die angebliche Berechtigung der Beschlagnahme. D. R.), wird durch den gleichzeitigen Hinweis auf russische Verhältnisse und die Notwendigkeit eines Bündnisses mit den Sowjets und der Einwirkung der dortigen Verhältnisse in Deutschland noch vollständig ins Bild gesetzt. Des weiteren enthält der Artikel die Aufforderung zur Einstellung der Zinszahlungen, der Wohnungsmieten und überhaupt sämtlicher Zahlungen, womit heute in erster Linie die Steuern gemeint sein müssen. Auch hier sind die Behauptungen des Verlags, daß dies alles auf illegalem Wege möglich sein solle, eine bewußte Verschleiерung der wahren Absichten.“

Abgesehen von der Tatsache, daß die Nazipresse und die „Schwarze Fahne“ ruhig zum Teuerstreik aufrufen dürfen, ohne daß eingegriffen wird, stellen wir fest: Es ist heute nicht nur verboten, illegale Maßnahmen zu propagieren, auch die Propagierung von Ideen,

Naziüberfall im Ruhwald

Ein alter Reichsbanner- und „Eiserner Front“-Genosse gab unserem Mitarbeiter folgende Schilderung:

Die Genossen von Frankfurt a. M. West hatten, wie üblich, bei dem alljährlich im Rebstocker Wald stattfindenden Waldfest für den nächtlichen Schutz der bereits dort lagernden Lebensmittel usw. zu sorgen. Nachdem bis etwa 2.30 Uhr nichts allzu ruhlgelassen war, glaubten wir, daß eine Bewachung, wenigstens in solcher Zahl, nicht mehr vermehrt sei. In Gruppen begaben wir uns auf den Heimweg, welcher durch die nahe am Wald liegende Siedlung Kuhwald führte.

Die Kuhwaldsiedlung wird in ganzen Straßenzügen von Beamten bewohnt, deren Sprößlinge zumeist der verbotenen SA angehören. Unsere Gruppe zählte acht Personen. Wir hatten die Siedlung bereits passiert, als wir plötzlich Pflöffe und gellende Hilferufe hörten. Sofort eilten wir zurück, und fanden den Genossen Braun bereits in seinem Blute,

während ein anderer zu seiner fünfköpfigen Gruppe zählender Genosse sich schon um ihn bemühte.

Um die nächste Ecke verschwand in schnellem Lauf ein junger Mensch, dessen kräftige Statur und gewürfelte Knickerbockerhose ich genau erkennen konnte.

Als wir an der Ecke anlangten, war der Betreffende bereits verschwunden; er mußte sich in einem der dortigen Häuser verborgen haben. Der Zustand unseres bewußtlosen Genossen Braun (er hat einen schweren Schädelbruch davongetragen), schien uns so bedenklich, daß wir sofort Arzt, Rettungswache und Polizei benachrichtigten wollten. Doch am nächsten Fernsprecher stellte sich heraus, daß Türe und Scheibe zum Apparat verrammelt waren!

Bald trafen auch Rettungswache und Ueberfallkommando mit 6 Mann ein. Deren Verhalten war mehr als merkwürdig. Die Forderung unserer Genossen, bei einem ihnen dem Namen nach bekannten Nazi, den man in wohlbegründeten Verdacht hatte, sofort Hausdurchsuchung vorzunehmen, lehnte die Polizei ab, da man wohl die Straße, aber nicht die Hausnummer wußte, und

deren Verwirklichung früher oder später zu illegalen Maßnahmen führen kann oder wird, ist unerlaubt. Die Forderung eines Sowjetdeutschland ist Grund zur Beschlagnahme einer Zeitung. Wenn nach diesem Grundsatz verfahren wird, dann ist auch schon die Forderung des Sozialismus strafbar, weil der Sozialismus ja auch nicht auf legalen Wege herbeigeführt werden kann und gleichbedeutend sein wird mit Sowjet-(Räte-)Deutschland. Selbst Beseitigung der Arbeitslosigkeit und des Hungers darf dann nicht mehr gefordert werden, weil auch dies nicht „auf legalen Wege möglich sein sollte“, denn es setzt ja die Beseitigung des Kapitalismus voraus. Macht das Beispiel des Polizeidirektors Schule, dann werden wir nicht nur mit einem noch schauderhafteren Amtdeutsch als bisher beglückt werden (das wirkte ja nur erheitend), sondern dann darf nicht ein mal mehr der sozialistische Krisenausweg propagiert werden!

Frankfurt a. M.

Die Sozialistische Arbeitshilfe erteilt jedermann in Unterstützungsangelegenheiten unentgeltliche Auskunft. Sprechstunde: Montags und Donnerstags von 16—18 Uhr auf dem Parteibüro, Zeil 49.

Schupo erschießt einen Arbeiter. An der Gerbermühle erschoss ein Schupo in der Notwehr einen Arbeiter. Der Polizei war gemeldet worden, daß einige Männer einen Holzsteg absägten. Ein Beamter fuhr sofort auf dem Fahrrad zur Gerbermühle. Von den drei Männern flohen zwei. Der dritte stellte sich zum Kampf. Im Verlauf der Auseinandersetzung wurde er tödlich verletzt.

Höchst

Nazi-Ueberfall. Im Lokal Lindenfels fand eine Reichsbannerversammlung statt. Auf dem Nachhauseweg wurden die Reichsbannerleute von Nationalsozialisten überfallen. Bis Hilfe kam, waren die Nazis bereits verschwunden.

Kassel

Kommunisten sabotieren Einheitsfront. Im Kasseler Stadtparlament hatte sich in den letzten Sitzungen unter den Stadtverordneten Adlung (SAP), Lüpnitz (KPD-O.), Quer (Parteilos) und den KPD-Genossen Sippel und Klaf eine Arbeitsgemeinschaft zur Einbringung und Vertretung gemeinsamer Anträge gebildet, da sie sonst allein hierzu nach der geltenden Geschäftsordnung nicht in der Lage sind. Jeder Antrag muß mindestens 5 Unterschriften haben. Da der gute Wille zum Zusammenarbeiten bei allen Beteiligten vorhanden war, war es möglich, daß tatsächlich gemeinsame Aktionen unternommen werden konnten. Allerdings kam die Arbeitsgemeinschaft erst nach vielen Verhandlungen mit KPD-Vertretern zustande, die sich anfänglich reichlicher Schimpfwörter wie Rongieren, Verräter, Sumpfpartei und Konterrevolutionäre bedienten und keinesfalls durch Zusammenarbeit mit KPD-O. und SAP diesen Daseinsberechtigung zugestehen wollten. Die Vernunft siegte, aber doch unter dem Druck der Verhältnisse. Dieser Tage haben die Kasseler Kommunisten erneut bewiesen, daß ihre nach außen so laut propagierte rote Ein-

„man nachts um 3 Uhr nicht einfach zu den Leuten gehen könne“.

Nun begaben wir uns zum Tatort, was ja eigentlich Sache der Polizei gewesen wäre, — und suchten ihn ab. Wir fanden ein Taschenmesser, ein anscheinend beim Schlagen zerprüngenes Lattenstück und ein fingerdickes gedrehtes Kupferkabel, welches wir sofort beim zuständigen Polizeirevier abliefern. Ueber das Verhalten der Polizei erbot, begaben wir uns zwecks Beschwerdeführung ins Polizeipräsidium, wo uns vom Leutnant vom Dienst zur Antwort wurde, daß ginke ihm nichts an.“

Soweit die Schilderung dieses Zeugen. Bis zum Dienstag wurden zwei Nazis verhaftet, von denen man den einen jedoch bald wieder laufen ließ. Wir meinen: wenn man es gewollt hätte, müßte die ganze etwa 15 Mann starke Bande bereits hinter Schloß und Riegel; man hätte nur auf Grund der (doch sicher auch der Polizei Steinbergs bekannten) Mitgliedsliste der „ehemaligen“ SA und SS Kuhwald in der fraglichen Nacht energisch zugreifen brauchen (manches Bett wäre wohl noch nicht recht warm gewesen). Heute aber ist die Sache schon viel schwieriger. Und wenn wirklich das Schlimmste einträte, was wir gewiß nicht hoffen wollen, dann würde das Versagen der Polizei doppelt schwer wiegen.

Euch aber, Genossen von der „Eisernen Front“, sagen wir: Uns wundert das Verhalten der Polizei keineswegs. Wir setzen nicht, wie die „Eiserne Front“, unsere Hoffnung auf die Polizei, sondern rechnen mit ihr als einem Machtmittel des kapitalistischen Staates. Sie verhindert nicht die Verwirklichung des Dritten Reiches. Dafür sorgt auch keine „eiserne“, sondern nur die geschlossene Klassenfront des Proletariats.

★

Soeben erfahren wir noch zu dem viehischen Ueberfall, daß dem Genossen Braun Knochen splitter ins Gehirn gedrungen sind, wodurch er die Sprache verloren hat. Es erscheint zweifelhaft, ob er völlig geheilt werden kann.

Der 21jährige Nazi Wilhelm Riester wird als Haupttäter bezeichnet. Er hat bisher jedoch jede Auskunft verweigert.

heitsfront nicht ehrlich gemeint ist. Eine Mitgliederversammlung unter Beeinflussung des Sekretariats forderte von den Genossen Sippel und Klaf mit Ausschlussdrohung die Liquidierung der Arbeitsgemeinschaft, die von diesen auch zugestanden wurde. In der kommunistischen „NAZ“ stand dann einige Tage später ein ganz wüster Schimpf- und Hetzartikel gegen Adlung, Quer und Lüpnitz, in denen diese in gemeiner persönlicher Weise angegriffen wurden. So wird der Kampf nach außen geführt. Hinter den Kulissen aber tut man freundlich und legt den als „Konterrevolutionäre“ beschimpften Genossen Anträge zur Unterschrift vor. Die beschimpften Genossen lassen sich aber nicht irritieren und werden auch weiterhin gutgeheißene Anträge unterstützen und die „theoretisch“ durch die KPD-Versammlung aufgelöste, aber in der Praxis doch weiterbestehende Arbeitsgemeinschaft aufrecht erhalten. Mit aller Entschiedenheit müssen wir diese sonderbaren „Einheitsfront“manöver der KPD aufdecken und die Öffentlichkeit auf dieses heuchlerische Doppelspiel aufmerksam machen. Den Schaden davon haben die Arbeiter, denn durch die verderbliche ultralinke Taktik der KPD werden nur die Reformisten und Faschisten gestärkt, darum Schluß mit diesem Widersinn und offenes, ehrliches Zusammenwirken aller Arbeiterorganisationen zum Besten unserer Klasse.

Hamburg

Die Bürgerschaft. In Hamburg brechen spontan hier und dort Ausbrüche der Verzweiflung der Geknechteten durch. Vor Eintritt in die T.O. verlangte v. d. Reith (KPD) das Wort, um geschäftsordnungsgemäß zu beantragen, daß die Unruhenursachen, auch das Verhalten der Polizei, zu besprechen seien. Er geriet bei seinen erregten Ausführungen in Konflikt mit der Geschäftsordnung; Präsident Dr. Ruscheweyh (SPD) versuchte, ohne daß es ihm gelang, sich durchzusetzen. Er schließt die Sitzung. Nach Wiedereröffnung gibt er den Ausschluß v. d. Reiths von der heutigen Sitzung bekannt. v. d. Reith verläßt den Saal. Nach diesem Vorspiel kann die Bürgerschaft zu den vorgesehenen Arbeiten kommen. Es werden zwei Anfragen vom Senatstisch beantwortet, die durch die Neubestellung der Bürgerschaft notwendigen Wahlen vorgenommen und Ausschüsse bestätigt. Ferner werden zwei Grundstücksangelegenheiten ohne Debatte genehmigt. Längere Zeit nimmt die Aussprache über die Fahrgeldabgabe der Hamburger Hochbahn A.-G. in Anspruch. Alle Parteien schicken ihre Redner vor, und von allen hört man, wie unbeliebt dieses wichtige Verkehrsinstitut in allen Kreisen der Bevölkerung wegen seiner scharfmacherischen Leitung ist. Die Nazifikation tritt mit vollständig abwegigem und falschem Material auf und muß sich vom Staatsrat Dr. Lippmann die verdiente Abfuhr erteilen lassen. Die KPD beantragt, die Fahrgeldabgabe, die zur Sicherung der Dividenden verwandt werden soll, der Wohlfahrtsbehörde zur Speisung der Erwerbslosen zu überweisen. Das ruft Dahrendorf (SPD) auf die Tribüne. Er verteidigt insbesondere das juristisch festgelegte Recht der Aktionäre, findet aber kein Wort dafür, daß im Notverordnungswege den Arbeitern ihre festgesetzten Rechte durch-

brochen werden. Nachdem alle Parteien zu Worte gekommen sind, wird die Senatsvorlage durch den Ausschußantrag der SPD der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogen. Nach kurzer Debatte über die Ermäßigung der Preise bei der Hafen-Dampfschiffahrt A.-G. schließt die Sitzung.

Stralsund

Die letzte Mitgliederversammlung der SAP nahm einen Bericht des Genossen Boy über die außerordentliche Unterbezirkskonferenz in Anklam entgegen. Der Bericht wurde einstimmig gebilligt. Die Gruppe hat bereits Versuche unternommen, das Wahlergebnis in den umliegenden Landkreisen organisatorisch für die Partei nutzbar zu machen, teils mit gutem Erfolg. Dort, wo infolge ungenügender Vorarbeit der Verbindungsleute keine sofortigen praktischen Erfolge erzielt werden konnten, muß und wird die weitere Aufklärungsarbeit verstärkt fortgesetzt werden. Die Unterbezirkskonferenz in Anklam hat nach Ansicht der Stralsunder Gruppe leider in agitatorischer und auch organisatorischer Hinsicht nicht den Erfolg gebracht, der von ihr erwartet wurde, wenn sie auch durch die Anwesenheit des Genossen Fritz Lewy, Berlin, als der Vertreter des Parteivorstandes in bezug auf die innerorganisatorischen Verhältnisse der Partei eine besondere Bedeutung erhalten hätte. Einmütig wurde bedauert, daß nicht schon die erste grundlegende Unterbezirkskonferenz in Stralsund die Möglichkeit bot, einen Vertreter des Parteivorstandes zu hören und mit ihm über besondere Parteifragen zu diskutieren. Es muß deshalb noch mehr als bisher die Absicht des Parteivorstandes hervortreten, sich bei allen ersten Beratungen der Unter-

Achtung!

SAP- und SJV-Mitglieder!

Am 5. Juni, 20 Uhr, im Lessinghaus am Geeren

Eugen Leviné-Feier

Musik — Rezitation — Sprechchor Rote Rebellen

Eintritt: 10 und 20 Pfg.

Sozialistischer Jugend-Verband Bremen

bezirke sowie auch Bezirke vertreten zu lassen, um die wahren Stimmungen der Mitgliedschaften in den verschiedensten Gebieten kennen und würdigen zu lernen. Durch das besondere Vertrauen zwischen Mitgliedschaft, unteren Parteinstanzen und Parteileitung wird die Auf- und Ausbaubarkeit der Partei noch bessere Formen annehmen können. Bedauert wurde weiter, daß die Unterbezirksleitung nicht noch in letzter Stunde die Verlegung des Tagungsortes vorgenommen hat, um der Konferenz zu einem noch größeren Erfolg zu verhelfen. Begrüßt wurde die Absicht des Unterbezirks, einen Schulungskurs abzuhalten, und dazu die Genossen Max Seydewitz oder Jakob Walcher zu verpflichten. Hoffentlich wird diese Absicht bald in die Tat umgesetzt, damit recht viele Genossen mit dem nötigen Rüstzeug versorgt werden können. Die Versammlung billigte ferner einstimmig das Verhalten des Delegierten und der Unterbezirksvorstandsmitglieder in der Stellungnahme zur Bezirksleitung Pommern, sie erwartet mit aller Bestimmtheit, daß sich auch hier die Verhältnisse bessern werden, und wird ebenfalls alles tun, daran mitzuarbeiten. Die Ortsgruppe muß aber erwarten, daß ihr unnötige Lasten, die untragbar werden, nie wieder zugemutet werden. Die Einmütigkeit der Unterbezirkskonferenz in dieser Frage wurde besonders begrüßt. Genosse Prinz unterstrich die Ausführungen restlos und forderte von allen Genossen, in Zukunft noch mehr als bisher im Sinne der Beschlüsse der Anklamer Konferenz für die organisatorische Erstarbung der Partei am Orte und in der Umgebung aktiv zu sein. — Im Anschluß berichteten die Genossen Kloock und Prinz über die Bearbeitung der Orte Alt-Zarrendorf und Franzburg. Sie wiesen besonders auf die sehr starken Schwierigkeiten hin, welche entstehen, wenn es nicht gelingt, die Verbindungsleute zu wirklichen Vertrauensleuten der Partei zu machen.

Zelt

Niedriger hängen! Im benachbarten Hohenmölsen ist durch das Los der Kommunisten Schlag zum Bürgermeister gewählt worden. Abgesehen davon, daß er von der preußischen Regierung nicht bestätigt werden wird, ist der Schmus, den der Volksbote um dieses Ereignis verzapft, hervorzuheben. Schlag beziehe ja neben dem zu erwartenden Bürgermeistergehalt von 4000 Mark noch 9000 Mark als Landtagsabgeordneter, heißt es da u. a. Das ist das Gift des Bruderkampfes, das in den Jahren nach der Revolution so verheerende Folgen für die Arbeiterschaft hatte. Dem andersondenkenden Klassengenossen unehrliches Handeln und Fühlen vorzuwerfen, bevor dazu überhaupt Anlaß besteht, das ist recht SPD. Der Fall Leinert, der in den Reihen der SPD nicht vereinzelt dasteht, sollte doch auch den Volksbote-Redakteuren Anlaß sein, aus einfachster politischer Anständigkeit heraus derartige Verunglimpfungen nicht in die Welt zu setzen.

Organisationsnachrichten

SAP-Unterbezirk Dortmund: Funktionär-Wochenendkurs 4. und 5. Juni in Dortmund, Hotel „Goldener Löwe“, 1. Kampstraße. Die Teilnahmegebühr beträgt einschließlich Kursus am 18. und 19. Juni nicht 1,50 RM., sondern nur 1 RM. Noch nicht abgeschickte Meldungen sofort an C. Diemer, Dortmund, Markgrafenstraße 29, zurücksenden. Marxistische Schulungsgruppe Dortmund: Zusammenkunft nächste Woche nicht Dienstag, sondern Mittwoch 1. Juni, 20 Uhr, im Volkshaus. Wir fahren in der Behandlung des „kommunistischen Manifestes“ fort.